

Parlamentsaktivitäten der Rechtsaußenparteien im Europäischen Parlament 2009-2014



Franziska Schmidtke

Prof. Dr. Torsten Oppeland

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Kontextvariablen der parlamentarischen Arbeit.....	3
2.1. Das Europäische Parlament im Institutionendreieck der EU	3
2.2. Abgeordnete zwischen Fraktions- und Parteienmitgliedschaft.....	5
3. Datengrundlage und Vorgehen	7
4. Rechtsaußenparteien im Europäischen Parlament	10
4.1. Soziodemographie der Abgeordneten.....	10
4.2. Europa der Freiheit und der Demokratie.....	12
5. Parlamentarische Arbeit	14
5.1. Anwesenheit	14
5.2. Schriftliche Erklärungen.....	15
5.3. Entschließungsanträge.....	16
5.4. Parlamentarische Anfragen	18
5.5. Wortmeldungen im Plenum.....	20
6. Ausschussarbeit	21
6.1. Ausschussmitgliedschaft.....	22
6.2. Berichterstattung	26
6.3. Stellungnahmen	30
7. Zusammenführung: Der Aktivitätsindex	31
8. Inhaltliche Analyse.....	32
9. Fazit.....	38
10. Literaturverzeichnis	41
11. Anhang.....	46

Abkürzungsverzeichnis

ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
EFD	Europa der Freiheit und der Demokratie
EKR	Fraktion Europäischer Konservativer und Reformisten
EP	Europäisches Parlament
EVP	Europäische Volkspartei
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlament
SPE	Sozialdemokratische Fraktion
GUE-NGL	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Grüne/EFA	Fraktion der Grünen/ Freie Europäische Allianz
KVEL/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordirische Grüne Linke
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen

1. Einleitung

Vertretern der organisierten Rechten ist es in den vergangenen Jahren wiederholt gelungen, die Zugangshürden zu den Parlamenten der europäischen Nationen zu überwinden. Sie wurden so sichtbarer Teil der repräsentativen Demokratien Europas und gelangten teils sogar in regierungsverantwortliche Positionen. Auch das Europäische Parlament (EP) blieb von dieser Entwicklung nicht unbeeinflusst; in der Tat konnten Rechtsaußenparteien hier ihre nationalen Wahlgewinne sogar noch übertreffen. So ist das Rechtsaußenspektrum seit der zweiten Europawahl im EP vertreten und bildete 1984 erstmals eine gemeinsame Fraktion. In der „Fraktion der Europäischen Rechten“ fanden sich unter der Führung von Jean-Marie Le Pen u.a. Vertreter des Front National und des Movimento Sociale Italiano zusammen. Wenngleich die Fraktion keinen dauerhaften Bestand hatte und auch die verschiedenen Nachfolgeorganisationen zerfielen, täuscht dies nicht über den Fakt hinweg, dass Rechtsaußenparteien kontinuierlich in den Institutionen der Europäischen Union (EU) repräsentiert sind.

Trotz dieser langjährigen – nunmehr über 30-jährigen – Geschichte rechtsextremer und rechtspopulistischer Ideologien im EP beschäftigt sich die öffentliche Aufmerksamkeit nur selten mit diesem Zustand. Anders war dies, als im Mai 2014 Europawahlen terminiert waren und sich Zugewinne der Rechtsaußenparteien abzeichneten. Die prognostizierten Wahlerfolge nahmen fortan eine prominente Rolle in der Medienberichterstattung ein und blieben bis zur Stimmauszählung ein Thema. Tatsächlich schockierten gerade die Ergebnisse aus Frankreich und Großbritannien, wo Rechtsaußenparteien als stärkste Parteien hervorgingen. Danach aber wandte sich der öffentliche Fokus schnell wieder anderen Themen zu, sodass über die Nachricht der Wahlgewinne hinaus kaum über deren Auswirkungen berichtet und debattiert wurde. Eine solche schlaglichtartige Auseinandersetzung mit Rechtsaußenideologien in Europa ist natürlich nicht allein der Funktionslogik der Medien anzulasten. Auch die Wissenschaft kann für sich nicht behaupten, dass der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus auf europäischer Ebene zu einem Schwerpunktthema angewachsen ist. Es liegen dementsprechend nur wenige wissenschaftliche Studien vor, die die internationale Ebene bearbeiten und dabei die EU bzw. das EP ins Zentrum ihrer Analyse stellen. Und weiterhin ist es aus diesem Grund auch nicht überraschend, dass die Agitati-

on der Rechtsaußenparlamentarier in Straßburg bislang kaum untersucht wurde.¹

Vor dem Hintergrund dieser Defizitanalyse möchte das vorliegende Papier einen ersten, grundlegenden Beitrag leisten, um die identifizierte Forschungslücke zukünftig schließen zu können. Außerdem ist die Bearbeitung der internationalen Ebene auch notwendig, weil die Arbeit der Rechten im EP einen nicht außer Acht zu lassenden Knotenpunkt für die europäische Vernetzung, sowie die Ideologie- und Strategieentwicklung, bildet. Die vorliegende Analyse nähert sich dieser Aufgabe, indem sie die parlamentarische Arbeit der Rechtsaußenparteien in den Fokus stellt. Konkret geht es um die Werkzeuge eines Parlamentarierers, die ihm zur Verfügung stehen, um Diskurse, Entscheidungsfindungsprozesse und den Output der Europäischen Union mitzugestalten. Gleichfalls geben die Analysen Einblick in den Zustand der *Europäischen Rechten* und implizieren damit auch mögliche Handlungsstrategien für eine Auseinandersetzung.

Da es sich um eine Grundlagenarbeit handelt, orientieren sich die zugrundeliegenden Hypothesen an Erkenntnissen nationaler bzw. regionaler Analysen parlamentarischen Verhaltens von Rechtsaußenparteien. In Deutschland etwa waren Vertreter von NPD, DVU und REPs in verschiedenen Landtagen repräsentiert. Analysen, die sich mit der parlamentarischen Arbeit in diesen Häusern beschäftigten, belegten, wie sich rechtsextreme Vertreter intensiv im Plenum darstellen, dieses als Bühne nutzten, und gleichzeitig aber in den Ausschüssen meist stumm blieben (vgl. Niemann 2008). Auf diesen Erkenntnissen baut die Studie auf und formuliert folgende, zu prüfende Hypothesen: (1) Im Plenum nehmen Vertreter der Rechtsaußenparteien alle ihnen zugesprochenen Handlungsoptionen wahr und nutzen diese umfangreich. (2) In der sachorientierten Ausschussarbeit aber sind Rechtsaußenparlamentarier weniger sichtbar.

Um die Thesen zu überprüfen, stellt der erste Teil des Textes zunächst die Rahmenbedingungen für Abgeordnetenaktivitäten vor. Damit werden die Handlungsoptionen im komplexen Institutionengefüge der Europäischen Union (EU) im weitesten Sinne eruiert und zugleich einige Spezifika der sie-

¹ Die Forschungstraditionen sind geprägt von ihrer nationalstaatlichen Rahmung. So gibt es in den meisten europäischen Staaten eingehende Untersuchungen zu Rechtsaußenphänomenen in den jeweiligen Staaten und darüber hinaus liegt auch eine Reihe von Übersichtswerken vor, die diese einzelnen Perspektiven zusammenbinden. Siehe hierzu aktuell etwa: Melzer/Serafin 2013, Langebach/Speit 2013. Die wenigen auf Europa fokussierten Veröffentlichungen liegen bereits einige Jahre zurück, so etwa Osterhoff 1997.

benten Wahlperiode hervorgehoben. Davon ausgehend steht der Untersuchungsgegenstand im Vordergrund um die Fallauswahl zu begründen und abzugrenzen. In diesem Zusammenhang wird auch die Methodik der Untersuchung erläutert. Da sich die Datengrundlage auf fraktionslose Parlamentarier als auch solche, die der EFD angehören, bezieht, ergeben sich zwei analytische Schwerpunkte: zum ersten der Fokus auf fraktionslose Parlamentarier einer (nationalen) Partei und zum zweiten das Fraktionsverhalten der EFD bzw. der in ihr organisierten Parteien. Neben quantitativen Auszählungen und Vergleichen der parlamentarischen Aktivitäten wie dem Abstimmungsverhalten und weiteren Handlungsoptionen der Abgeordneten, darf auch eine qualitative Perspektive nicht fehlen. Dazu werden aus den zuvor quantitativ erfassten Redebeiträgen einzelne ausgewählt und auf rechtsextreme Sprachfiguren inhaltsanalytisch untersucht und so aktuelle Europa-Konstruktionen der Rechtsaußenparteien rekonstruiert.

Schlussendlich sollen die Ergebnisse der vorliegenden Studie nicht nur wissenschaftliche Pionierarbeit leisten; sie bieten auch zahlreiche Anknüpfungspunkte für die proaktive praktische und politische Auseinandersetzung mit menschenrechtsfeindlichen Ideologien. Auf diese wird das Fazit im Besonderen eingehen.

2. Kontextvariablen der parlamentarischen Arbeit

2.1. Das Europäische Parlament im Institutionendreieck der EU

Die EU und das EP bilden den institutionellen Rahmen der Abgeordnetentätigkeit. Das spezifische historisch gewachsene Gefüge – mit seinen stets in einem Aushandlungs- und Anpassungsprozess befindlichen Kompetenzverteilungen zwischen den Institutionen wirkt dabei prägend auf die Rollen und Aufgaben der Abgeordneten ein. Ohnehin unterscheidet sich das Profil der Europaparlamentarier deutlich von denen in nationalen Parlamenten. Daher bietet sich ein einführender Überblick der Aufgabenverteilung zwischen Parlament, Rat und Kommission an, wobei hier die Situation der siebenten Wahlperiode im Vordergrund steht.

Die zentrale Aufgabe der supranationalen Organisation besteht in der Verabschiedung von gemeinsamen Gesetzen, Verordnungen oder anderen bindenden Regelungen für die Mitgliedsstaaten. Gerade in diesem Bereich haben sich die Befugnisse des EPs im Laufe der Zeit schrittweise – aber deutlich – ausgeweitet und führten zur heutigen formalen Gleichstellung von Rat

und EP. Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist die Einheitliche Europäische Akte, die das Kooperationsverfahren initiierte und damit im Gesetzgebungsverfahren eine zweite Lesung einführte. Der Vertrag von Maastricht (1993) verankerte dann das Mitentscheidungsverfahren und stärkte damit die Rolle des EPs in der Gemeinschaftsgesetzgebung. Ähnlich wie im politischen System der Bundesrepublik Deutschland wurde ein Vermittlungsausschuss bestellt, der bei Konflikten zwischen Parlament und Rat fortan vermitteln sollte und einfache "take it or leave it"-Angebote des Rats an das Parlament untergrub. Das damit de facto eingeführte Vetorecht des EPs in der Gesetzgebung erhob der Vertrag von Amsterdam (1999) de jure zum Recht des EPs und unterstützte damit die Durchsetzung des Mitentscheidungsverfahrens. Seit dem Vertrag von Lissabon (2009) schließlich ist das EP im Rahmen des *ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens* Mitgesetzgeber für nahezu das gesamte EU-Recht. Im Vergleich zu nationalen Parlamenten fehlt dem EP nun lediglich noch das Initiativrecht, das weiterhin ausschließlich bei der europäischen Kommission als "Motor der Integration" liegt. Zugleich erhielt das EP aber die Kompetenz, formelle Änderungsvorschläge beschließen und Entwürfe des Rats verändern zu können, was das EP so nah wie nie zuvor an ein Initiativrecht geführt hat. Folglich kann ohne Zustimmung des EPs fortan (mit wenigen Ausnahmen) kein Rechtsakt in Kraft treten (vgl. Hix/Hoyland 2013: 172f.). In der praktischen Anwendung hat sich das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zunehmend durchgesetzt und wird seinem Namen gerecht; 2010 wurden 86 Prozent der Gesetze unter diesem Verfahren verabschiedet. Konsultations- und Zustimmungungsverfahren nehmen damit eine eher randständige Position ein. Wenngleich also das Gefüge der Befugnisse noch immer zuungunsten des EPs verteilt ist², spricht doch in der Gesamtbilanz viel für ein nunmehr ausgeglichenes Machtverhältnis zwischen Rat und EP.

² Im Rahmen des Konsultationsverfahrens wird das Parlament vor der Annahme eines Gesetzgebungsvorschlags durch den Rat um Stellungnahme ersucht, der Rat wiederum ist nicht gebunden, Stellungnahmen des EPs zu folgen. In den heutigen Gesetzgebungsprozessen bildet die Konsultation jedoch nur noch ein sehr begrenzt angewendetes Format. Ein weiteres Gesetzgebungsverfahren ist das der Zustimmung. Hierbei wird das EP um Zustimmung ersucht, es kann Legislativvorschläge dementsprechend unverändert annehmen oder ablehnen. Ursprünglich aus der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 stammend und vor allem für Assoziierungsabkommen und Abkommen über den Beitritt zur Europäischen Union vorgesehen, wurden die Anwendungsbereiche auf die Ratifizierung bestimmter Abkommen ausgeweitet. Ausführlich zur Entwicklung und Differenzierung der parlamentarischen Politikgestaltungsoptionen berichtet Maurer 2012: 88-110.

Neben der Gesetzgebung fallen dem EP weitere Aufgabenbereiche zu. Das EP verfügt über eine Wahlfunktion im Hinblick auf den Präsidenten der EU-Kommission und muss die Ernennung der EU-Kommissare bestätigen. Es verfügt über ein Misstrauensvotum, mit dem es – allerdings nur mit einer Zweidrittelmehrheit – in der Lage ist, eine Kommission zu Fall zu bringen; es überwacht deren Arbeit und ist als einzige Institution befugt, die Kommission zu entlasten (vgl. Kohler 2014: 605, Oppelland 2010). Auch in Belangen des Haushalts hat das EP an Einfluss gewonnen. Es verabschiedet den Gemeinschaftshaushalt und bestimmt dementsprechend auch dessen Inhalt mit, wenngleich es in bestimmten Bereichen (etwa bei den wichtigen Agrarausgaben) kein Mitspracherecht hat.

2.2. Abgeordnete zwischen Fraktions- und Parteienmitgliedschaft

Die Abgeordneten des EPs werden in freien und direkten Wahlen bestimmt. Ihre Aufgabe ist es, an der Gesetzgebung mitzuwirken und die Arbeit der EU-Kommission, also die Exekutive der Europäischen Union, zu kontrollieren. In ihrer Mandatsausübung sind sie „weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden“ (Art. 6 Abs. 1 EU-Direktwahlakt). Grundlagen des Mandats bilden zudem ein Protokoll aus dem Jahr 1965, welches den Abgeordneten Immunität und Indemnität garantiert, sowie das seit der sechsten Wahlperiode geltende Abgeordnetenstatut, das vor allem die finanziellen Aspekte des Mandats regelt (Amtsblatt der Europäischen Union 2005).

Somit ergibt sich zunächst eine ähnliche Konfiguration, wie sie aus dem Deutschen Bundestag bekannt ist, und trotzdem unterscheidet sich die Ausgestaltung des Mandats erheblich. Denn die MdEPs weisen erheblich lockerere Bindungen zu ihren Fraktionen auf. Dies liegt u.a. an der Heterogenität des Parlaments: Die Austauschrate belief sich 2009 auf 50 Prozent, während bei der Wahl im Jahr 2009 gerade einmal 31 Prozent der Abgeordneten erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt worden waren (Jenaer Parlamentarierbefragung, eigene Berechnung). Im EP sind dementsprechend parlamentarische Kurzkarrieren charakteristisch (vgl. Best et al 2011: 175). Auch sind Wechsel während der Legislaturperiode nicht ungewöhnlich. Gerade bei kleineren Nationen schließen Parteien häufig Listenvereinbarungen, die ein Rotationsverfahren der Abgeordneten beinhalten. Somit entsteht ein stetiger Wechsel, der es der Parteiführung erschwert, Sanktions- und Anreizmechanismen im Sinne der Fraktionsdisziplin einzusetzen. Andererseits unterläuft auch die enge Bindung der Abgeordneten an die nationalen Partei-

en, die durch deren Hoheit über die Kandidatenaufstellung gespeist wird, einen stärkeren Fraktionszusammenhang.³

Trotz des geschilderten Abhängigkeitsverhältnisses der Abgeordneten zu ihren nationalen Parteien ist die überwältigende Mehrheit der MdEPs in Fraktionen organisiert. Diese formen den alltäglichen Arbeitszusammenhang, sodass auch die Fraktionen einen entscheidenden Handlungsrahmen bilden. Im Falle der hier im Fokus stehenden Zusammenarbeit der Rechtsaußenparteien kann der Fraktionszusammenhang eine Plattform bilden, in der die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien eingeübt wird. Zudem wirkt sich die zunehmende Kompetenzzuschreibung des Parlaments positiv auf die Bindekraft der Fraktionen aus. Deutlich zeigt dies die seit Jahrzehnten anwachsende Fraktionsdisziplin. In der siebenten Wahlperiode stimmten die Abgeordneten in überwältigender Mehrheit, konkret in 90 Prozent der Fälle, gemeinsam ab (vgl. votewatch 2014). Der von Simon Hix et. al entwickelte „agreement index“ zeigt einen insgesamt vergleichbaren Disziplinierungsgrad zur nationalen Ebene (vgl. Hix/Abdel/Roland 2009). Bei europaskeptischen Fraktionen und andere kleinere Fraktionen ist der fraktionsinterne Konsensorientierung jedoch deutliche begrenzter. Die europakritische Fraktionen der UEN und Ind/Dem stimmten in der sechsten Wahlperiode in nur 76 bzw. 47 Prozent aller Abstimmungen gemeinsam ab (vgl. votewatch 2009). Auch bilden die Fraktionen im EP durchaus die ideologischen Linien ab und decken das rechts-links-Spektrum, wie von nationalen Parlamenten bekannt, ab(vgl. Bukow/Höhne 2013, McElroy, Benoit 2011).

Der Fraktionsstatus ist dabei mit einigen Vorteilen versehen: Fraktionen stehen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung, sie erhalten erweiterte parlamentarische Rechte (etwa Redezeit während der Debatten, Vorschlag für die Wahl des Präsidenten) und sie müssen, dem Proporz entsprechend, auch in Ausschüssen vertreten sein.⁴ Neben diesen Anreizen formuliert die Ge-

³ Die Erforschung des Verhältnisses zwischen Abgeordneten, Fraktion und Partei bildet einen Schwerpunkt der Forschung zum Europäischen Parlament. Im größeren Rahmen geht es dabei auch um die Vertiefung der EU und der Frage, ob die Abgeordneten als Entsandte ihrer nationalen Parteien und damit als Vertreter von Partikularinteressen der Nationalstaaten wirken, oder ob es gelungen ist, europaweite Interessenverbände in Form der Fraktionen zu bilden deren Konfliktlinien eben nicht entlang von Nationalstaaten verlaufen. Hierzu liegen eine Vielzahl von Artikeln und Sammelbänden vor, trotz dessen ist es bisher nicht überzeugend gelungen, das schwierige Verhältnis darzulegen (Coman 2009).

⁴ Die Geschäftsordnung des EPs zählt die umfangreichen Rechte auf, die nur von mindestens 40 MdEPs oder einer Fraktion wahrgenommen werden können.

schäftsordnung des EPs aber auch Anforderungen.⁵ Um eine Fraktion zu bilden, bedarf es mindestens 25 MdEPs aus mindestens sieben Staaten der EU. Darüber hinaus müssen die Parteien auch eine gemeinsame weltanschauliche Ausrichtung nachweisen. Auf diesem Weg werden so genannte „technische“ oder „gemischte“ Fraktionen, wie sie zuvor wiederholt gegründet wurden, vermieden.

Zugleich sieht die Parlamentsgeschäftsordnung keinen Zwang für das einzelne MdEP vor, sich einer Fraktion anzuschließen. Vielmehr schützt die Geschäftsordnung die Rechte fraktionsloser Abgeordneter, sodass dieser Status nicht allein eine theoretische Möglichkeit darstellt, sondern von jeweils rund fünf Prozent der Parlamentarier in Anspruch genommen wird.

3. Datengrundlage und Vorgehen

Im deutschsprachigen wissenschaftlichen und publizistischen Diskurs um Ideologien der Ungleichwertigkeit dominieren die Kategorien von *rechtsextremen* und *rechtspopulistischen* Parteien. Diese Unterscheidung basiert auf theoretischen Konzeptionen, die jedoch zugleich selbst Teil einer anhaltend breiten und äußerst diskursiven wissenschaftlichen Debatte sind. So ist etwa *Rechtspopulismus* ein nach wie vor strittiges Konstrukt, von dem noch nicht endgültig geklärt ist, ob als Wesenskern ein spezifischer politischer Stil gelten kann oder ob es sich doch um eine inhaltlich zu bestimmende Einheit handelt. Tim Spier etwa nimmt eine phänomenologische Definition vor, die sich in erster Linie auf Merkmale eines politischen Stils stützt und erst in zweiter Linie ideologische Aspekte einbezieht⁶ (vgl. Spier 2010). Auch Frank Decker spricht von besonders auffälligen formalen Spezifika, die aber nicht ohne die darüber hinaus bestehenden thematischen Schwerpunkte erfolgreich agitiert werden können (vgl. Decker 2004). Währenddessen betrachtet Alexander Häusler Rechtspopulismus eher als eine Weiterentwicklung der traditionellen extremen Rechten und deutet damit auf eine Debatte über die Abgrenzung zwischen extrem und populistisch hin (vgl. Häusler 2014). In der Tat treffen hier im Wesentlichen zwei unterschiedliche Positionen aufeinander: Die normativ orientierte Extremismusforschung erfasst Rechtspopulismus als eine abgestufte, verfassungskonforme Form des Rechtsextremismus (vgl. etwa Backes/Jesse 1993), während eher empirisch ausgerichtete Wissenschaftler von

⁵ Art. 30 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments.

⁶ Spier spricht von einer „thin centered ideology“.

einer breiten ideologischen Überschneidung beider Phänomene ausgehen (vgl. z.B. Pfahl-Traughber 1995 und Decker 2004). Die angedeuteten Diskurse sind dabei vor allem in der deutschsprachigen Wissenschaftsgemeinde beheimatet. Die internationale Politikwissenschaft operiert zwar ebenfalls mit einer Vielfalt von Begriffen wie etwa *far right*, *radical right* oder *extreme right*⁷, bleibt dabei aber weitaus flexibler und gilt als stärker empirisch bzw. am Forschungsgegenstand orientiert.

Als Grundlage für die anzufertigende Untersuchung kann die Operationalisierung von Cas Mudde (2007) herangezogen werden. In seiner Kategorisierung unter dem Begriff der *Rechtsaußenparteien* vereint er rechts-extreme Parteien, die einer demokratischen Grundordnung feindlich gegenüberstehen, sowie radikale Parteien, die eine liberale Demokratie ablehnen und Einstellungen und Forderungen einer Ungleichwertigkeitsideologie nachkommen.⁸ Der strittige Begriff des *Rechtspopulismus* wird damit ausgeklammert, ohne aber die typischen Stilmit-tel bei Parteien der *radikalen Rechten* aus dem Auge zu verlieren. Die vorgeschlagene Zuordnung von Mudde, die er für die Parteien im sechsten EP ausformuliert hat, liegt also der folgenden Analyse zugrunde. (vgl. Mudde 2014) Ihr wird jedoch eine wichtige Erweiterung hinzugefügt: Die Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) wird vollständig erfasst. In ihr sind neben einer Reihe von Parteien, die Mudde ebenfalls seiner Kategorie zuordnet, auch einige, die nicht unter seine Operationalisierung fallen. Dabei handelt es sich um Grenzfälle, denn die hier vertretenen Parteien wie die griechische LAOS und die britische UKIP weisen Anknüpfungspunkte nach Rechtsaußen auf, sind jedoch in ihrer ideologischen Verortung flexibler als die anderen erfassten Parteien. Die Abweichung von Muddes Operationalisierungsvorschlag ergibt sich an dieser Stelle vor allem aus einer forschungspraktischen Überlegung. Denn für die parlamentarische Arbeit spielt im EP die Organisation in einer Fraktion eine geradezu entscheidende Rolle. Wichtige Ressourcen und Rechte sind an den Fraktionsstatus gebun-den, die Bildung einer Fraktion ist also für die beteiligten Parteien ein

⁷ Cas Mudde hat für seine eigene Analyse ein Literaturreview angefertigt und ist dabei auf 26 verschiedene Definitionen von Rechtsextremismus mit insgesamt 57 verschiedenen ideologi-schen Merkmalen gestoßen.

⁸ Ähnlich wie Mudde bietet Michael Minkenberg als einer der wenigen deutschsprachigen Autoren eine begriffliche Alternative zu den weitläufigen aber zugleich strittigen Konzepten von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Auch in seinem Konzept der *radikalen Rech-ten* verbinden sich Extremismus und Populismus und selbst in der Operationalisierung weichen beide Autoren nur geringfügig voneinander ab (vgl. Minkenberg 2011).

lohnendes Unterfangen. Ebenso sind für die Analyse der parlamentarischen Arbeit auch Aussagen über innerfraktionelle Kohärenz und Zusammenarbeit relevant, die nur mit einer Vollerhebung der Fraktion realisiert werden kann. Tabelle 1 schlüsselt die erfassten Untersuchungsfälle (geordnet nach der Anzahl der Sitze im EP) auf. Dementsprechend analysiert die Expertise Rechtsaußenparlamentarier (nach Mudde) vollständig und beachtet darüber hinaus auch Grenzfälle, die durch ihren Arbeitszusammenhang in der EFD hier zusätzlich in den Fokus rücken. Dabei bilden jedoch nicht die Parteien, sondern die einzelnen Abgeordneten die Analyseeinheiten. Ihre jeweiligen Parlamentsaktivitäten sind durch das EP ausführlich dokumentiert. Eine ergänzende Quelle ist zudem das Projekt *VoteWatch*, welches die Daten des EPs in einer aufbereiteten und zusammengeführten Form anbietet.⁹

⁹ *VoteWatch* sammelt Daten über Abstimmungen und andere parlamentarischen Aktivitäten aller MdEPs. Die Organisation stellt die entsprechenden Informationen für die sechste, siebente und fortlaufend für die achte Wahlperiode öffentlich zugänglich auf ihrer Homepage bereit. Weiterhin veröffentlicht *VoteWatch* auch einige Analysen über das parlamentarische Verhalten, die dortigen Ergebnisse können aber von den berichteten Ergebnissen der vorliegenden Expertise etwa in Bezug auf die EFD abweichen, da unterschiedliche Datengrundlagen verwendet werden. *VoteWatch* bezieht alle Abgeordneten ein, die vorliegende Expertise die Ausgangsbesetzung des EPs.

Tabelle 1: Übersicht der Fallauswahl¹⁰

Nationale Partei	Land	Fraktion	Sitze im EP ¹¹
<i>United Kingdom Independent Party (UKIP)</i> ¹²	Vereinigtes Königreich	EFD	13
Lega Nord (LN)	Italien	EFD	9
Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit)	Niederlande	keine	4
Front National (FN)	Frankreich	keine	3
Partidul România Mare (Großrumänien-Partei)	Rumänien	keine	3
Jobbik Magyarországért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn; Jobbik)	Ungarn	keine	3
Vlaams Belang (Flämische Interessen)	Belgien	keine	2
Partija Ataka (Angriff)	Bulgarien	keine	2
<i>Partija Tvarka ir teisingumas (TT)</i>	Litauen	EFD	2
Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ)	Österreich	keine	2
British National Party (BNP)	Vereinigtes Königreich	keine	2
<i>Laikós Orthódoxos Synagermós (Orthodoxer Volkssalarm; LAOS)</i>	Griechenland	EFD	2
Slovenská národná strana (Slowakische Nationalpartei; SN)	Slowakei	EFD	1
<i>Perussuomalaiset (Wahre Finnen; Perus)</i>	Finnland	EFD	1
<i>Mouvement pour la France (MPF)</i>	Frankreich	EFD	1
<i>Staatkundig Gereformeerde Partij (Reformierte Politische Partei; SGP)</i>	Niederlande	EFD	1
Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)	Dänemark	EFD	1
In der Analyse erfasste MdEPs			53

4. Rechtsaußenparteien im Europäischen Parlament

4.1. Soziodemographie der Abgeordneten

Bevor die Datenanalyse im Vordergrund steht, erfasst dieser Abschnitt vorbereitend noch einige Spezifika der Datengrundlage. Die

¹⁰ Eine Aufschlüsselung nach Abgeordneten findet sich im Anhang.

¹¹ In Ausgangsbesetzung.

¹² Kursiv gesetzte Parteien erweitern die Operationalisierung nach Mudde.

Parlamentarismusforschung hat in den letzten Jahrzehnten eingehend zur Sozialisation politischer Eliten gearbeitet. Dabei wurde deutlich, dass Politiker spezifischen Karrieremustern folgen; in ihre Biografien scheinen einige notwendige Bedingungen eingeschrieben zu sein, die es ihnen ermöglichen, ihren Abgeordnetenstatus zu erreichen. Während hier wiederum ausführliche Studien zu nationalen und regionalen Parlamenten vorliegen, ist das Europäische Parlament als Ganzes ein weniger gut erforschter Gegenstand. Im europäischen Kontext sind solcherlei Erkenntnisse auch deshalb noch disparat, weil die Kandidatenaufstellung in der Verantwortung der nationalstaatlich organisierten Parteien liegt und damit national gerahmten Variablen Rekrutierung und Auswahl zukünftiger Parlamentarier mitbestimmen und eine integrierte Analyse erschweren. Nichtsdestoweniger gibt es Tendenzen der Europäisierung in der Kandidatenauswahl (vgl. Höhne 2007: 12-24) und somit auch einige Forschungsergebnisse, um mit Blick auf die Rechtsaußenparlamentarier Spezifika ihrer Rekrutierung in der Abgrenzung zu anderen MdEPs hervorzuheben.

Auffällig an den untersuchten Rechtsaußenparteien im EP ist die deutliche männliche Dominanz. Der Frauenanteil beträgt lediglich 17 Prozent¹³ und liegt damit fast 20 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnittswert für das EP der siebenten Wahlperiode (vgl. Referat für Gleichstellung und Vielfalt 2010). Die Rechtsaußenparlamentarier gelangen durchschnittlich mit 50,3 Jahren ins EP und sind damit geringfügig älter als der Durchschnitt ihrer Kollegen.¹⁴ Zu diesem Zeitpunkt haben 40 Prozent von ihnen bereits parlamentarische Vorerfahrungen. Gut ein Viertel der Rechtsaußenparlamentarier haben diese Erfahrungen in vorangegangenen Wahlperioden des EPs gesammelt, die übrigen in den nationalen Parlamenten ihrer Heimatländer. Die Karriereverläufe von MdEPs waren gerade in den ersten Wahlperiode von parlamentarischen Vorerfahrungen auf nationaler Ebene geprägt, dieser Zustand entwickeln sich aber zunehmend rückläufig. In der fünften Wahlperiode hatten so noch auf 28 Prozent der Abgeordneten bereits parlamentarische Erfahrungen in ihren Heimatländern gesammelt (vgl. Beauvallet/Michon 2012: 10). Dagegen wachsen die Senioritätsraten im EP an. Parlamentarische Vorerfahrungen aus dem EP selbst spielen also zunehmend eine wichtige Rolle. Fast die Hälfte, 43 Prozent, der MdEPs in der sechsten

¹³ Von den 53 in der Untersuchung berücksichtigten MdEPs sind neun Frauen.

¹⁴ Im Durchschnitt sind die MdEPs bei Amtsantritt etwas unter 50 Jahre. (vgl. Höhne 2007: 107).

Wahlperiode hatten dieses Mandat bereits einmal inne (vgl. ebd.:8). Hier fallen die Rechtsaußenparlamentarier also auf. Verglichen mit ihren Parlamentskollegen sind sie im EP relativ unerfahren. In Bezug auf den Bildungsgrad der MdEPs berichten Beauvallet und Michon, dass annähernd zwei Drittel der MdEPs der sechsten Wahlperiode über einen Universitätsabschluss verfügen und 25 Prozent einen Dokortitel innehaben. Auch die Gruppe der untersuchten Rechtsaußenpolitiker verfügt mehrheitlich über Universitätsabschlüsse. 35 der 53 untersuchten Politiker haben mindestens einen Bachelorabschluss erworben und weichen damit kaum von den berichteten Durchschnittswerten der sechsten Wahlperiode ab. Allein in Bezug auf die Verteilung von Dokortiteln unterschreitet die Gruppe der Rechtsaußenparlamentarier mit nur sechs Prozent deutlich den Durchschnittswert.

Damit sind Geschlechtsverteilung und parlamentarische Vorerfahrungen die auffälligsten soziodemografischen Kennziffern, in der sich Rechtsaußenparlamentarier vom Rest des Gesamtparlaments abheben. Hingegen fügen sie sich hinsichtlich ihres Bildungsabschlusses und ihres Alters bei Mandatsantritt gut in das Gesamtbild des Parlaments ein.

4.2. Europa der Freiheit und der Demokratie

Mit der EFD wurde im Jahr 2009 eine, aber nicht die erste, Rechtsaußenfraktion in der Geschichte des EPs begründet. Sie schließt sogar recht deutlich an die zuvor tätigen Fraktionen „Union für ein Europa der Nationen“ (UEN) bzw. die „Unabhängigkeit und Demokratie“ (Ind/Dem) aus der vorangegangenen Wahlperiode an.

Im Laufe der verschiedenen Wahlperioden versuchten die Parteien des Rechtsaußenlagers wiederholt, gemeinsam in einem Fraktionszusammenhang tätig zu sein, doch stets scheiterten die Ambitionen an inhaltlichen oder persönlichen Zerwürfnissen.¹⁵ 2009 wurde die Umformung der beiden Fraktionen notwendig, da einige der ihr angehörenden Parteien sich anderen Fraktionen anschlossen¹⁶ oder bei den EP-Wahlen keine oder weniger Mandate erlangt hatten und zudem die nun erhöhten Anforderungen für Fraktionsgründungen in Kraft traten.

¹⁵ Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung verschiedener von Rechtsaußenparteien mitgetragenen Fraktionen siehe Maurer 2012.

¹⁶ Eine zentrale Position innerhalb der UEN hatte die italienische Nationale Allianz inne. Diese schloss sich auf nationaler Ebene zusammen mit Berlusconi's Forza Italia an und wurde 2009 Mitglied der EPP. Weiterhin ergriff die irische Fianna Fáil die Möglichkeit sich der ALDE anzuschließen (vgl. McElroy/Benoit 2011).

In Form der EFD gelang die Neuorganisation, die sowohl personell als auch programmatisch an die I/D-Fraktion anknüpft (Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2012). Fortan dominiert die britische UKIP sowie die italienische Lega Nord die Fraktion; aus ihren Reihen rekrutierten sich das Spitzenpersonal der Fraktionsvorsitzenden, Nigel Farage und Francesco Speroni. Dabei umfasst die EFD (in ihrer Ausgangsbesetzung) 32 Mitglieder, bestehend aus Vertretern von insgesamt neun Parteien¹⁷ und bildet damit die kleinste Fraktion im EP der siebenten Wahlperiode. Wie das Spitzenpersonal schon andeutet, ist die Fraktion deutlich dominiert von westeuropäischen Parteien. Die litauische TT und die slowakische SNS bringen gerade einmal drei Mandaten ein. In der Phase der Fraktionsgründung waren interne Auseinandersetzungen des Rechtsaußenlagers öffentlich beobachtbar. Als die FPÖ signalisierte, auch gern Mitglied der zukünftigen Fraktion zu werden, votierten einige der schon bestätigten Fraktionspartner gegen eine solche Allianz, sodass letztlich die FPÖ nicht aufgenommen wurde und insofern keinen Fraktionsstatus erhielt; ihre EP-Abgeordneten blieben fraktionslos.¹⁸ Inhaltlich setzt sich die Fraktion vor allem gegen die fortschreitende Vertiefung der EU-Integration ein. Stattdessen befürwortet die EFD eine stärkere Entscheidungsgewalt der Nationalstaaten, ergo weniger Zuständigkeiten für die EU. In ihrem Statut beschreibt sich die Fraktion selbst als „favour[ing] [...] cooperation among sovereign European States and reject[ing] the bureaucratisation of Europe and the creation of a single centralised European superstate.“ Sie positioniert sich gegen “further European integration (treaties and policies) und setzt sich für ein “right of European peoples and nations to protect their borders and strengthen their own historical, traditional, religious and cultural values“ ein (EFD 2009).

Dass die Fraktion trotz dieser gemeinsamen inhaltlichen Bestimmung in den alltäglichen Abstimmungen zur Politikgestaltung aber durchaus interne Konfliktlinien austrägt, verdeutlicht die vergleichsweise niedrige Fraktionsdisziplin. Nur in 49 Prozent aller Entscheidungen stimmt die Fraktion geschlossen ab und präsentiert sich somit in dieser Hinsicht zerrissener als alle anderen Fraktionen (votewatch 2014). Die inhärenten Konflikte sind dabei

¹⁷ Eine Mitgliederliste der Ausgangsbesetzung findet sich im Anhang.

¹⁸ Die fraktionslosen Rechtsaußenpolitiker bilden keinen gemeinsam arbeitenden ideologischen Block. Unter ihnen befinden sich neoliberal-rechtspopulistische Parteien wie die niederländische PVV, Parteien wie die FPÖ und des FN, die zumindest zeitweise auch neonazistische Positionen vertraten und rechtsextreme Parteien wie die BNP.

nicht auf einzelne Politikfelder beschränkt, der niedrige Anteil von einheitlichen Abstimmungen tritt kohärent in allen Bereichen auf (vgl. Conti 2011). Beobachtbar waren die Fliehkräfte auch in Form von regelmäßigen Fraktionsaustritten und Neuzugängen. Dass es sich zudem nicht nur um eine interne Schwierigkeit der EFD speziell, sondern eher um interne Konflikte im Lager der Rechtsaußenparteien handelt, verdeutlicht die ähnlich niedrige Quote der Fraktionsdisziplin der als Vorläuferorganisation zu bezeichnenden Ind/Dem.

5. Parlamentarische Arbeit

5.1. Anwesenheit

Grundlegend für eine aktive Teilnahme am politischen Prozess in der EU ist die Anwesenheit im Plenum. Insofern ist ein Blick auf die Anwesenheit der Rechtsaußenparlamentarier ein grundlegender Hinweis auf deren Partizipationsbereitschaft. Dabei ist die Erfassung der Anwesenheit nicht banal: Das EP dokumentiert die Anwesenheit der Abgeordneten nämlich nicht grundsätzlich, sondern nur im Falle von namentlichen Abstimmungen. Dementsprechend unterliegen die folgenden Aussagen der Einschränkung, dass sie sich nur auf Sitzungen mit namentlichen Abstimmungen beziehen.

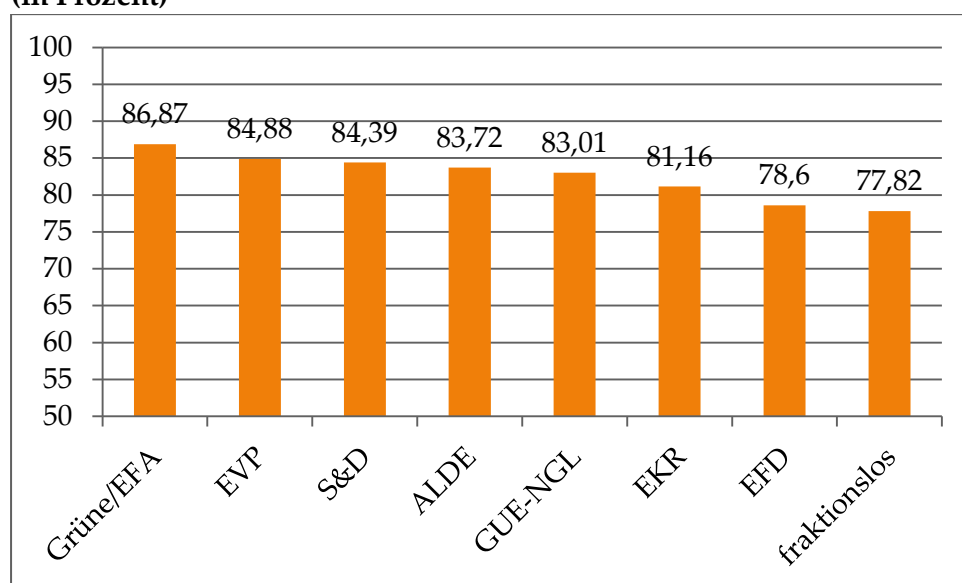
Durchschnittlich sind die Rechtsaußenparlamentarier bei drei von vier Abstimmungen anwesend. Nur ein Viertel von ihnen nimmt an mindestens 90 Prozent der Abstimmungen teil. Der Niederländer Bastiaan Belder etwa, weist eine Anwesenheitsquote von 98,2 Prozent auf und war damit bei fast allen Abstimmungen anwesend.¹⁹ Er sticht damit auch im Gesamtvergleich aller MdEPs hervor und nimmt in einer solchen umfassenden Rangfolge Platz acht ein. Am unteren Ende des EP-weiten Rankings befinden sich ebenfalls einige Rechtsaußenparlamentarier: Godfrey Bloom, Athanasios Plevris und George Becali sind nicht einmal bei einem Viertel der Abstimmungen anwesend. Interessant sind dabei die unterschiedlichen Biografien der drei Parlamentarier: Bloom, ein Vertreter der UKIP, war bereits seit 2004 MdEP und anfangs als Mitglied der Ind/Dem-Fraktion. Er fiel in den zwei Wahlperioden mit verschiedenen verbalen Entgleisungen im Plenum auf. Hingegen wurden Plevris und Becali 2009 erstmalig und ohne parlamentarische Vorer-

¹⁹ Belder ist seit 1999 Mitglied des EPs. 2004 trat er als Spitzenkandidat der SGP an. Für seine Fraktionsmitgliedschaft in der EFD brach er eine Partnerschaft mit der ChristenUnion. Er vertrat die EFD fortan im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und führte zudem die Delegation zum Verhältnis der EU mit Israel.

fahrung ins EP gewählt, das sie wieder verließen, nachdem sie Mandate in ihren nationalen Parlamenten errungen hatten. Diese Konfiguration deutet bereits darauf hin, dass passive Rechtsaußenparlamentarier vorrangig mit der politischen Situation im Heimatland beschäftigt und an einer Mitwirkung an der Entwicklung Europas nicht interessiert sind bzw. diese ablehnen, obwohl sie teils über mehrere Wahlperioden Teil des EPs sind.

Zugleich zeigt dieser erste Einblick in die Anwesenheitsquoten der Rechtsaußenabgeordneten, wie groß die Spannweite hinsichtlich der Aktivitäten im Parlamentsplenum zwischen Abgeordneten des Rechtsaußenlagers ist.

Tabelle 2: Beteiligung an namentlichen Abstimmungen (14.7.2009-17.04.2014) (in Prozent)



Quelle: Votewatch.

5.2. Schriftliche Erklärungen

Neben der Beteiligung an namentlichen Abstimmungen stehen den Parlamentariern mehrere Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung, um deren Verwendung es nun gehen soll.

Schriftliche Erklärungen dienen den Abgeordneten, um innerhalb des parlamentarischen Rahmens ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Dafür haben sie die Möglichkeit sich in Erklärungen kurz (die Berichte sind limitiert auf 200 Wörter) und gegenstandsbezogen zu äußern. Die Erklärungen sind individuelle Meinungsäußerungen, sie können insofern keinen Eingang in die Gesetzgebung finden und binden das Parlament in keiner Weise. Ihre Wirkkraft ist vor allem dann eng begrenzt, wenn sie nur von einem einzigen MdEP stammen. Ihr Nachdruck erhöht sich jedoch, wenn mehrere Abgeordnete eine Erklärung unterstützen. Trotzdem sind Erklärungen eine selten gewählte

Handlungsoption. Insgesamt haben Rechtsaußenparlamentarier in der siebenten Wahlperiode nur 82 solche Erklärungen abgegeben. 23 Abgeordnete – und damit fast die Hälfte der Rechtsaußenparlamentarier – machten von dieser Option keinen Gebrauch. Mit 13 Erklärungen gab Andreas Mölzer die meisten Erklärungen ab, eine Anzahl, die ihn auch im Vergleich zum Gesamtparlament besonders aktiv erscheinen lässt; immerhin brachte die Hälfte aller MdEPs keine einzige Erklärung ein. Dem erfahrenen FPÖ-Abgeordneten war der Zugang zur EFD versagt worden, sodass er zu einigen der Handlungsoptionen im EP nur erschwert Zugang hatte; dennoch gelang es ihm, für zahlreiche seiner Erklärungen Unterstützung zu finden. Denn die einzelnen oder mehreren MdEPs gemeinsam eingebrachte Erklärungen können von weiteren Abgeordneten unterstützt werden. Im Falle von Andreas Mölzer wurden seine Erklärungen durchschnittlich von 56 weiteren Abgeordneten unterstützt.²⁰ Hier zeigt sich, dass der Umgang mit Rechtsaußenpolitikern im EP nicht eindeutig geregelt ist – ein Umstand, auf den der Text an späterer Stelle zurückkommt.

5.3. Entschließungsanträge

Entschließungsanträge dagegen sind ein wichtiges und breit genutztes Instrumentarium der parlamentarischen Arbeit. Eingereicht von einer Fraktion, einem Ausschuss oder mindestens 40 MdEPs stimmt das gesamte EP in seinen Sitzungen direkt darüber ab. Sie richten sich zumeist an die Kommission oder den Rat und haben auffordernden Charakter. Vorgebracht von kleinen Fraktionen oder einem Zusammenschluss von Abgeordneten, sind die Aussichten auf eine parlamentarische Verabschiedung gering. Trotzdem drücken sie auch im Fall der Ablehnung die Bereitschaft aus, eigene Positionen zu formulieren und dem Plenum vorzulegen.

Durchschnittlich verfassten die Rechtsaußenparlamentarier knapp 14 Entschließungsanträge, wobei ein Viertel der Abgeordneten keinen einzigen Entschließungsantrag vorgelegt hat. Besonders aktiv sind hingegen Mara Bizzotto und Fiorello Provera mit jeweils deutlich über 100 Entschließungsanträgen. Bizzotto rangiert damit im EP-Gesamtvergleich auf

²⁰ Die Dokumentation des EPs stellt nur die Anzahl der Unterstützer, nicht aber eine namentliche Liste bereit. Damit kann an dieser Stelle nicht geklärt werden aus welchen politischen Lagern Mölzers Unterstützer stammen. Da die durchschnittliche Anzahl an Unterstützern aber das hier definierte Lager der Rechtsaußenparlamentarier übersteigt, müssen, zumindest in Einzelfällen, auch Abgeordnete jenseits der untersuchten Gruppe ihre Unterstützung gegeben haben.

Rang 36. Durchschnittlich hat so sogar die Gruppe der Rechtsaußenparlamentarier mehr Entschließungsanträge hervorgebracht als das gesamte Parlament im Durchschnitt.²¹ Weiterhin sind alle Abgeordneten, die eine überdurchschnittliche Anzahl von Entschließungsanträgen erarbeitet haben, Mitglieder der EFD. Der Fraktionszusammenhang ist hier also klar förderlich. Während fraktionslose unabhängige Abgeordnete erst 39 Mitunterzeichner finden müssen, können Mitglieder der EFD ihren Entschließungsantrag von der Fraktion unterstützen lassen. Dass diese Praxis offensichtlich innerhalb der EFD Anwendung findet, verdeutlicht auch: Die EFD ist keine Scheinfraktion, keine bloße Umbenennung der früher als technische Fraktionen geschlossenen Zusammenschlüsse der Rechtsaußenparteien. Nichtsdestoweniger unterstützen aber auch nicht alle EFD-Mitglieder jeden von einem anderen Fraktionsmitglied eingebrachten Entschließungsantrag. So haben auch zehn Mitglieder der EFD (vor allem Abgeordnete der UKIP) keinen einzigen Entschließungsantrag unterstützt. Über die Gründe für eine solche Absetzung innerhalb der Fraktion können hier nur Vermutung angestellt werden. So können interne Konflikte hinsichtlich bestimmter Politikfelder oder aber eine tiefergehende Konfliktlinie in der Fraktion ursächlich sein. Abschließend kann die Frage aber nur durch eine tiefergehende Analyse beantwortet werden. Unter den fraktionslosen MdEPs brachten Philip Claeys und der bereits erwähnte Andreas Mölzer mit 13 bzw. 8 Entschließungsanträgen die meisten ein, der Durchschnittswert für fraktionslose Rechtsaußenvertreter liegt bei 2,5 Erklärungen.

²¹ Im Durchschnitt haben die MdEPs rund 11 Entschließungsanträge pro Person vorgelegt. Der Wert der Rechtsaußenparlamentarier liegt dagegen bei 14.

Tabelle 3: Rechtsaußenparlamentarier mit überdurchschnittlicher Anzahl von Entschließungsanträgen

Rang	Name	Partei	Fraktion	Anzahl
1	Bizzotto, Mara	LN	EFD	191
2	Provera, Fiorello	LN	EFD	123
3	Fontana, Lorenzo	LN	EFD	61
4	Paška, Jaroslav	SNS	EFD	55
5	Rossi, Oreste	LN	EFD	47
6	Paksas, Rolandas	TT	EFD	44
7	Imbrasas, Juozas	TT	EFD	41
8	Belder, Bastiaan	SGP	EFD	35

5.4. Parlamentarische Anfragen

Weiterhin können die EP-Abgeordneten mit Hilfe von parlamentarischen Anfragen Fragen an alle Organe und Einrichtungen der EU richten und üben damit ihr parlamentarisches Kontrollrecht aus. Abgeordnete können individuell schriftliche Anfragen einreichen, die (ohne Vorrang) innerhalb von sechs Wochen beantwortet werden müssen, oder sie haben die Möglichkeit, eine mündliche Anfrage zu stellen. Hierfür müssen sich mindestens 40 MdEPs zusammenfinden, bzw. die Anfrage von einem Ausschuss oder einer Fraktion formuliert werden. Entsprechend dieser zusätzlichen Hürde überwiegen in der Datengrundlage eindeutig schriftliche Anfragen, obwohl einzelne Abgeordnete zudem mündliche Anfragen auch im Rahmen von „Fragestunden“ an die Kommission richten können.

Die in die Untersuchung einbezogenen MdEPs reichten in der siebenten Wahlperiode durchschnittlich 186 parlamentarische Anfragen ein. Erneut variiert die Anwendung dieser Handlungsoption erheblich: Unter den aktivsten Abgeordneten der Stichprobe sind Oreste Rossi und Mara Bizzotto. Beide stellten mehr als 1.300 parlamentarische Anfragen und führen damit die Liste der meisten parlamentarischen Anfragen an. Im Gesamtvergleich aller Abgeordneten kommen sie auf Rang vier und fünf. Mit großem Abstand folgt dann bei der Rangfolge der Rechtsaußenparlamentarier Andreas Mölzer mit 666 parlamentarischen Anfragen. Am unteren Ende der Liste befindet sich eine Reihe von Abgeordneten, die gar keine Anfragen stellten. Unter ihnen ist u.a.

der frühere Vorsitzende des Front National, Jean-Marie Le Pen. Bei diesem Aktivitätsranking fällt zudem ins Auge, dass es auch hier vor allem die Mitglieder der EFD-Fraktion sind, die die Mehrzahl der parlamentarischen Anfragen verantworten; sie reichten 76 Prozent der Anfragen im Rahmen der Stichprobe ein. Somit unterscheidet sich der Mittelwert von Anfragen der EFD-Fraktion und der Rechtsaußenparlamentarier ohne Fraktionszugehörigkeit deutlich. Während die EFD-Mitglieder durchschnittlich 252 Anfragen stellten, waren es nur 185 bei den unabhängigen Parlamentariern. Vergleicht man aber wieder die hier im Fokus stehenden Abgeordneten mit dem Durchschnitt für das gesamte Parlament, zeigt sich erneut ein beeindruckendes Maß an Aktivität des Rechtsaußenlagers. Durchschnittlich brachte ein MdEP in der siebenten Wahlperiode 40 parlamentarische Anfragen hervor, ein Wert, den die Rechtsaußenpolitiker um den Faktor vier übertreffen. Auch in den früheren Legislaturperioden setzten sich Rechtsaußenparlamentarier vor allem durch parlamentarische Anfragen in Szene. Dabei offenbarten sich Ende der 1980er Jahre noch vereinzelt Lücken in der Ausgrenzungspolitik anderer Fraktionen. So wurden einzelne Anfragen von Fraktionsmitgliedern der Europäischen Rechten auch von anderen MdEPs unterzeichnet (Osterhoff 1997: 267). Solche Vorgänge sind für die siebente Wahlperiode nicht dokumentiert; offenbar gab es beim Instrument der parlamentarischen Anfrage keine Kooperation der anderen Fraktionen mit den Rechtsaußenparteien, eine Art *cordon sanitaire* war hier scheinbar in Kraft.

Tabelle 4: Rechtsaußenparlamentarier mit einer überdurchschnittlichen Anzahl von parlamentarischen Anfragen

Rang	Name	Partei	Fraktion	Anzahl
1	Bizoto, Mara	LN	EFD	1388
2	Rossi, Oreste	LN	EFD	1354
3	Mölzer, Andreas	FPÖ	-	666
4	Tzavelka, Niki	LAOS	EFD	628
5	Provera, Fiorello	LN	EFD	585
6	Legge, William	UKIP	EFD	544
7	Borghezio, Mario	LN	EFD	466
8	Obermayr, Franz	FPÖ	-	414
9	Fontana, Lorenzo	LN	EFD	351
10	Messerschmidt, Morten	DF	EFD	295
11	Stassen, Laurence	PVV	-	229
12	Agnew, Stuart	UKIP	EFD	200
13	Sinclair, Nicole	UKIP	EFD	196
14	Salvini, Matteo	LN	EFD	189

5.5. Wortmeldungen im Plenum

Während der Plenarsitzungen in Straßburg haben alle Abgeordneten zudem die Möglichkeit, ihr Abstimmungsverhalten durch eine schriftliche oder mündliche Erklärung zu erläutern. Zumeist reichen die MdEPs solche Erklärungen in schriftlicher Form ein, um den Ablauf der Sitzungen nicht weiter hinauszuzögern. Bereits die historische Erfahrung mit Rechtsaußenparteien im EP zeigen, dass ihre Abgeordneten anders agieren. Sie nutzen die Bühne, die ihnen das EP zur Verfügung stellt, und bestehen darauf, ihre Stimmerkklärungen mündlich abzugeben (Osterhoff 1997: 275). Die Stimmerkklärungen werden dann im Format einer Wortmeldung im Plenum vorgetragen — der meist genutzten Handlungsoption aller Abgeordneten im EP. Durchschnittlich meldeten sich die Rechtsaußenabgeordneten 240-mal zu Wort in der siebenten Wahlperiode. Es gab keinen einzigen rechten Abgeordneten, der dieses Instrument nicht nutzte, und trotzdem steht zwischen der durchschnittlichen Nutzung und dem Wert von Andreas Mölzer, der sich am

häufigsten im Plenum zu Wort meldete, der Faktor sechs. Wie die Spitzenposition von Mölzer bereits andeutet, sind hier die Durchschnittswerte von EFD-Mitgliedern und Fraktionslosen kaum zu unterscheiden.

Tabelle 5: Rechtsaußenparlamentarier mit einer überdurchschnittlichen Anzahl von Wortmeldungen im Plenum

Rang	Name	Partei	Fraktion	Anzahl
1	Mölzer, Andreas	FPÖ	-	1501
2	Imbrasas, Juozas	TT	EFD	1276
3	Bizzotto, Mara	LN	EFD	1190
4	Paksas, Rolandas	TT	EFD	875
5	Obermayr, Franz	FPÖ	-	825
6	Bufton, John	UKIP	EFD	598
7	Paška, Jaroslav	SNS	EFD	568
8	Morganti, Claudio	LN	EFD	485
9	Rossi, Oreste	LN	EFD	424
10	Fontana, Lorenzo	LN	EFD	404
11	Gollnisch, Bruno	FN	-	366
12	Brons, Andrew	BNP	-	306
13	Legge, William	UKIP	EFD	267

6. Ausschussarbeit

Gemeinsam mit Kommission und Rat gestaltet das EP die Gesetzgebung der EU. Wie in anderen parlamentarischen Systemen auch ist die Arbeitsweise des EPs geprägt durch Plenardebatten einerseits und Ausschussarbeit andererseits. Die inhaltlich abgegrenzten Ausschüsse bereiten die Plenarsitzungen und damit die zur Verabschiedung vorgesehenen Entscheidungen vor. Hier stehen Aushandlungen zwischen den Fraktionen über die Legislativvorschläge im Vordergrund und somit auch die inhaltliche Abstimmung der späteren Parlamentspositionen.²² Diese Arbeitsschritte sind aus dem Gesetzgebungs-

²² In der wissenschaftlichen Literatur besteht Konsens, dass es die Ausschüsse sind, die in der Praxis die parlamentarische Meinungsbildung vornehmen, noch bevor sich das Plenum mit der jeweiligen Sachfrage beschäftigt hat.

verfahren nicht wegzudenken, sie gelten als Rückgrat der parlamentarischen Arbeit und bei komparativen Betrachtungen wird ihnen sogar mehr Einfluss als den Ausschüssen der nationalen Parlamente zugerechnet (vgl. Yordanova 2013). Das EP unterhält 20 ständige und daneben auch nichtständige Ausschüsse, die als Ad-hoc-Ausschüsse bezeichnet werden, weil sie kurzfristig bei dringenden Fragen eingerichtet werden.²³ Weiterhin gehören Untersuchungsausschüsse und policy-spezifische interfraktionelle Gruppen zu den Ausschussformen des EPs.

Wie bereits angedeutet, bietet der Fraktionsstatus Vorteile im Hinblick auf die Ausschussbesetzung. Jede Fraktion muss in allen Ausschüssen repräsentiert sein und ihrem Proporz entsprechend auch bei der Besetzung der herausgehobenen Funktionen bedacht werden. Davon abgesehen hat jeder Abgeordnete das Recht, ordentliches und stellvertretendes Mitglied je eines Ausschusses zu sein, sodass fraktionslose Abgeordneten ebenfalls in die Ausschussarbeit eingebunden sind. De facto entscheiden aber die Fraktionen in internen Aushandlungen über die Verteilung der Ausschusssitze.

6.1. Ausschussmitgliedschaft

Für diese Vielfalt braucht es zunächst eine Orientierungshilfe: In welchen Ausschüssen sind also Rechtsaußenparteien repräsentiert? Gibt es hier thematische oder formale Schwerpunkte? Unter den eben dargestellten verschiedenen Ausschussformen können Untersuchungsausschüsse und Ad-hoc-Ausschüsse zwar punktuell und themenspezifisch eine zentrale Rolle einnehmen, nichtsdestoweniger sind es doch die Sitze in den ordentlichen Ausschüssen, die am meist umkämpft sind und deren Aushandlung in den ersten Wochen einer Wahlperiode im Vordergrund steht. Ihre Größe schwankt zwischen 30 und 80 ordentlichen Mitgliedern und einer ähnlich großen Anzahl von stellvertretenden Mitgliedern. Zudem führen ein Vorsitzender sowie zwei bis drei Stellvertreter den Ausschuss an. Die Wahl der Mitglieder findet zweimal je Legislaturperiode statt. Während der ersten Tagungswochen werden die Mitglieder für die erste Hälfte der Legislaturperiode bestimmt, die dann nach zweieinhalb Jahren neu gewählt werden. Die Austauschrate beträgt dabei 45 Prozent, sodass auch einige Kon-

²³ 2006 richtete das EP etwa einen solchen nichtständigen Ausschuss ein, unter dem Titel "Behauptete Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen" untersuchten MEPs, ob es auch in Europa von der CIA geführte Gefängnisse gibt und inwiefern die EU-Regierungen von diesen Praktiken informiert waren.

tinuität in der Ausschussarbeit zu erwarten ist. Bei den Wahlen werden einfache Mitglieder sowie die Ausschussvorsitzenden und Stellvertreter mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen bestimmt. Weiterhin unterhält das EP Delegationen zu Nicht-EU-Ländern um mit diesen in einem steten Informationsaustausch zu gewährleisten und die Beziehungen aufrechtzuerhalten. In der siebenten Wahlperiode richtete das EP 44 solcher Delegationen ein, deren Arbeit hier aber nicht zum Analysegegenstand gemacht werden soll.

Tabelle fünf zeigt, dass Rechtsaußenparlamentarier in allen Ausschüssen vertreten waren. Aufgrund des im EP üblichen Proporzprinzips stehen Ihnen in jedem Ausschuss einige Sitze zu.²⁴ Deren Anzahl variiert entsprechend der Gesamtmitgliederzahl des Ausschusses zwischen eins und fünf. Da der EFD-Fraktion rund vier Prozent der MdEPs angehörten, standen ihr auch ca. vier Prozent der Ausschusssitze zu, die sie in der Tat ziemlich genau erhielten. Auch andere Studien haben festgestellt, dass die proportionale Repräsentanz in den Ausschüssen gut funktioniert (vgl. McElroy 2006). Die Spalten drei und vier verdeutlichen darüber hinaus aber auch, dass die Repräsentation der Rechtsaußenparteien ganz eindeutig überwiegend von Mitgliedern der EFD eingenommen wird. Fraktionslose Rechtsaußenparlamentarier sind dagegen nicht in allen Ausschüssen vertreten. Für die EFD ergeben sich signifikante Abweichungen im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und im Ausschuss für internationalen Handel. Hier nahmen EFD-Mitglieder vier der 45 Sitze bzw. drei von 29 zu Beginn der Wahlperiode ein, was einem Anteil von neun bzw. sogar zehn Prozent entspricht. Offensichtlich konnte die EFD hier mehr Plätze gewinnen, als ihr nach dem Proporzprinzip zugestanden hätte. Auch im Ausschuss für konstitutionelle Fragen war die EFD mit acht Prozent der Sitze überrepräsentiert; jedoch verfügt dieser Ausschuss nur insgesamt über 25 Sitze, sodass hier die Verteilung nur um einen Sitz vom idealen Proporz abwich. Unterrepräsentiert war die EFD dem Proporz nach im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter und im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, in denen sie jeweils rund zwei Prozent der Sitze einnahm. Hieran scheint die Fraktion wenig interessiert, sodass sie hier vermutlich Sitze anderen Fraktionen überlassen hat um an anderer Stelle einen Posten mehr zu erhalten.

²⁴ Die Verfahrensregeln des EPs legen eine proportionale Besetzung fest: "The composition of the committees shall as far as possible reflect the composition of Parliament" (Europäisches Parlament, 2004:177.1).

Auch die hervorgehobenen Positionen in den Ausschüssen, also deren Vorsitze, werden von den Fraktionen ausgehandelt und orientiert sich ebenfalls am Proporz. Daher steht auch der EFD eine kleine Anzahl von herausgehobenen Ausschusspositionen zu. In der siebenten Wahlperiode waren Timo Soini (PS) und Lorenzo Fontana (LN) stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung und Fiorello Provera (LN) stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die 53 untersuchten Parlamentarier vereinten im Laufe der Wahlperiode insgesamt 72 ordentliche Ausschussmitgliedschaften sowie 81 stellvertretende Mitgliedschaften auf sich. Einige Parlamentarier waren gleich in mehreren Ausschüssen Mitglieder. Dies trifft bei den ordentlichen Mitgliedschaften auf 17 Parlamentarier zu. Gerade Parlamentarier, die in mehreren Ausschüssen aktiv waren, rekrutierten sich vornehmlich aus den Reihen der EFD: So sind elf der 17 Parlamentarier, die Mitglieder in zwei Ausschüssen waren, EFD-Mitglieder und nur sechs fraktionslose Rechtsaußenabgeordnete.

**Tabelle 6: Rechtsaußenparlamentarier in den Ausschüssen des EPs (Ausgangsbe-
setzung)**

Ausschuss	Mitglieder Rechtsaußen/ Gesamt	Entspricht Anteil von in Prozent	Davon EFD in Pro- zent
Haushalt	3/44	6,8	4,5
Haushaltskontrollausschuss	2/29	6,8	3,45
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	3/48	6	4,2
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	4/50	8	4
Ausschuss für Umweltfragen, Volksge- sundheit und Lebensmittelsicherheit	5/64	7,8	6,2
Ausschuss für Binnenmarkt und Ver- braucherschutz	4/39	10,2	5,2
Rechtsausschuss	2/25	8	3,4
Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie	4/55	7,3	5,5
Ausschuss für Verkehr und Fremdenver- kehr	5/45	11,1	4,4
Ausschuss für regionale Entwicklung	5/49	10,2	4
Ausschuss für Landwirtschaft und länd- liche Entwicklung	4/45	8,9	8,9
Fischereiausschuss	3/24	12,5	8
Ausschuss für Kultur und Bildung	2/32	6,3	3,1
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	5/55	9	3,6
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	2/25	8	8
Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter	2/35	5,7	2,9
Petitionsausschuss	5/35	14,2	8,6
Ausschuss für auswärtige Angelegenhei- ten	6/76	7,9	3,95
Entwicklungsausschuss	3/30	10	3,3
Ausschuss für internationalen Handel	3/29	10,3	10,3

6.2. Berichterstattung

Ein Großteil der parlamentarischen Rechte, die sich das EP erst im Laufe seiner Existenz erkämpft hat, wird von den Ausschüssen wahrgenommen (Corbett et al 2005). Gesetzesentwürfe der Kommission, die nunmehr parlamentarischer Mehrheiten bedürfen, gelangen zur Beratung in einen oder mehrere Ausschüsse. Der federführende Ausschuss hat dann die Aufgabe, in einem Bericht die Position des Parlaments wiederzugeben, und bestimmt dafür aus seinen Reihen einen Berichterstatter. In der Folge ist dieser verantwortlich, einen Bericht zu entwerfen, und führt zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Fraktionen, den beteiligten Ausschüssen sowie der Kommission und dem Ministerrat. Diese Rollenkonstruktion ist kein Alleinstellungsmerkmal der EU, sondern wurde aus den parlamentarischen Gewohnheiten seiner sechs Gründungsnationen in die Römische Verträge von 1957 aufgenommen und dem EP zugeschrieben. Dementsprechend werden also ganz ähnliche Verfahren etwa im Deutschen Bundestag oder der französischen Nationalversammlung angewendet.

Die breite Aufgabenbeschreibung des Berichterstatters wird durch die Geschäftsordnung nicht weiter spezifiziert, vielmehr verdeutlicht diese die vielfältigen potentiellen Handlungsoptionen und unterstreicht damit die zentrale Position des Berichterstatters im legislativen Prozess. Die Kompetenzerweiterung des EPs in den letzten Jahren weitete den Handlungsspielraum der Berichterstatter zusätzlich aus. Denn gerade bei den eigentlich langwierigen Gesetzgebungsverfahren der EU kommt den Berichterstattern für sogenannte "early agreements", die in 84 Prozent der Fälle im Mitentscheidungsverfahren erreicht werden konnten, eine eminent wichtige Rolle zu (vgl. Yoshinaka/McElroy/Bowler 2010: 461ff., http://www.europarl.europa.eu/code/about/statistics_en.htm). Deshalb ist auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Rolle der Berichterstatter und der Verteilung der umkämpften Berichte gewachsen. Offensichtlich ist hier eine Schlüsselposition im Parlamentsbetrieb beschrieben, deren konkreter Machteinfluss jedoch noch nicht hinreichend ergründet wurde. Nichtsdestoweniger leitet sich aus den bisherigen Erkenntnissen die Notwendigkeit ab, die Tätigkeit von Abgeordneten der Rechtsaußenparteien als Berichterstatter mit in den Fokus dieser Studie zu stellen.

Insgesamt fertigte das Parlament in der siebten Wahlperiode 2161 Berichte aus (vgl. Hurka/Kaeding/Oberholzer 2014:2). Davon entfielen lediglich 35 auf die untersuchten Rechtsaußenparlamentarier. 14 der untersuchten Abgeord-

neten wurden mit einem oder mehreren Berichten beauftragt. Hier deutet sich eine Zentralisierungstendenz an: Die Vergabe der Berichte scheint an besondere Qualifikationen und Erfahrungen gebunden zu sein, die die Verteilung der Berichte an MdEPs ohne diese Qualifikationen verhindert. Diese Vermutung bestätigt sich auch mit einem Blick auf die Verteilung der Berichterstattungen innerhalb des gesamten Parlaments.

Von allen 851 MdEPs, die in der siebenten Wahlperiode aktiv waren (einschließlich der Nachrücker) hat zwar mehr als die Hälfte einen Bericht verfasst, auch hier sind es aber 242 MdEPs die keinen einzigen Bericht verfassten (Hurka/Kaeding/Oberholzer 2014:9). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass innerhalb der EFD einige Parlamentarier häufiger als Berichtersteller bestimmt wurden und dass auch die wenigen Berichte der fraktionslosen Rechtsaußenpolitiker sich auf drei MdEPs zentralisieren. Unter den Berichterstellern der Rechtsaußengruppe befinden sich Anna Rosbach (DF) mit sechs Berichten und Francesco Speroni (LN) mit sogar sieben Berichten. Beide waren Mitglieder der EFD, Rosbachs Tätigkeiten konzentrierten sich auf den Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, dem sie als Vertreterin der EFD angehörte. Sie ist zwar keine langjährige Abgeordnete, arbeitete aber vor ihrer Mandatszeit mehrere Jahre als Büroleiterin der UEN-Fraktion. Allerdings verließ Rosbach im März 2011 die EFD und die Dänische Volkspartei, sodass sie nur zwei Berichte als Vertreterin einer Rechtsaußenpartei anfertigte. Die weiteren vier Berichte verfasste sie als Mitglied der ECR (vgl. Eintrag zu Anna Rosbach in der Abgeordneten-Datenbank des EPs). Francesco Speroni nahm als Fraktionsvorsitzender der EFD eine hervorgehobene Position ein. Er gehörte zu den erfahrensten Mitgliedern seiner Fraktion und war mit den Abläufen des Parlaments gut vertraut. Die Beispiele verdeutlichen eine Reihe von Faktoren, die als förderlich dafür gelten, mit einer Berichterstattung beauftragt zu werden. Dazu zählen etwa Seniorität, also parlamentarische Erfahrungen und hervorgehobene Positionen innerhalb der Fraktion oder den Ausschüssen (Daniel 2013, Hurka/Kaeding/Oberholzer 2014). Speroni verfasste die Berichte als Mitglied des Rechtsausschusses und beschäftigte sich vor allem mit der Aufhebung der Immunität einzelner Abgeordneter - also Standardverfahren, die eher selten die Aufmerksamkeit einer größeren Öffentlichkeit erlangen und keine Relevanz für die Politikgestaltung der EU beinhalten. Tatsächliche policy-Vorgänge betreute dagegen Nikki Tzavela, als sie etwa für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie den Bericht über den

Energiefahrplan "2050 Energie für die Zukunft" verfasste. Insofern liegen in der siebenten Wahlperiode durchaus Fälle vor, in denen Rechtsaußenparlamentarier an zentralen Positionen die Möglichkeit hatten, die Politikgestaltung der EU direkt mitzugestalten.

Über diesen ersten deskriptiven Überblick hinaus lohnt jedoch auch ein analytischer Blick auf die Beteiligung der Rechtsaußenparlamentarier, um zu diskutieren, inwiefern hier das Proporzprinzip angewendet wurde oder ob die rechten Abgeordneten durch die übrigen Fraktionen ausgegrenzt wurden. Die Zahl von 35 von Rechtsaußenparlamentariern angefertigten Berichte umfasst gut anderthalb Prozent aller Berichte und unterschreitet damit deutlich den proportionalen Anteil der Rechtsaußenparlamentarier im EP in Höhe von sieben Prozent. Unterscheiden wir zwischen Fraktionsmitgliedern der EFD und fraktionslosen MdEPs, fällt auf, dass EFD-Mitglieder mit 28 die übergroße Mehrheit dieser 35 Berichte verantworteten. Diese Verteilung ist insofern nicht überraschend, als das Punktesystem zur Verteilung der Berichte der EFD, entsprechend dem Proporz, mehr Ressourcen zuspricht²⁵. Die EFD schafft es trotzdem nicht durch Berichte ihren Proporz im Parlament widerzuspiegeln. Wie lässt sich dies erklären? Theoretisch sind zwei Varianten denkbar: Entweder sind Rechtsaußenparlamentarier weniger an der Ausschussarbeit interessiert, oder die anderen Parlamentsfraktionen haben ihre Beteiligung verhindert. Die erste Möglichkeit stünde in Einklang mit den Erfahrungen aus den Regionalparlamenten in Deutschland. Auch hier waren Vertreter von Rechtsaußen wenig an der bedeutsamen Arbeit der Ausschüsse interessiert. Für die zweite Möglichkeit sprechen Erfahrungen aus vergangenen Wahlperioden, in welchen sich EVP, Sozialisten, ALDE und Grünen bemüht haben, Berichte von Rechtsaußenparlamentariern zu verhindern (für die sechste Wahlperiode siehe Yoshinaka/McElroy/Bowler 2010:463). Für beide Bedeutungszusammenhänge gibt es also Hinweise, die aber keine zwingende Schlussfolgerung liefern. Daher kann die aufgeworfene Frage an dieser Stelle nicht endgültig geklärt werden, vielmehr verdeutlicht sie als Desiderat den Forschungsbedarf.

Parallel zur Bedeutungsausweitung der Berichtersteller etablierte das Parlament Kontrollmechanismen, indem konkurrierende politische Gruppen

²⁵ Jede Fraktion erhält entsprechend ihrer Größe eine Punktzahl. Diese können bei der Vergabe eines Berichts zu einer Auktion eingesetzt werden. Neben dem „Auktionsverfahren“ vereinbaren die Fraktionen manchmal aber auch ein Rotationssystem. In jedem Fall sichern die Verfahren, dass auch kleine Fraktionen Berichte übernehmen.

Schattenberichterstatter ernennen können (vgl. Judge/Earnshaw 2010). Schattenberichte ergänzen die ernannten Berichterstatter des federführenden Ausschusses um Stellungnahmen aus anderen Ausschüssen und parlamentarischen Gruppen. Auch die Schattenberichterstatter sind einflussreich, da sie Ansprechpartner in den Verhandlungen mit dem Berichterstatter sind und damit Informationsquelle für ihre politischen Gruppen (vgl. Ringe 2010:59). Da hierbei nicht nur *ein* Ausschuss und entsprechend *ein* Schattenberichterstatter bestimmt werden kann, sondern gern auch mehrere, ist die Gesamtzahl der in der siebenten Wahlperiode verabschiedeten Schattenberichte deutlich höher als die Anzahl der Berichte und dementsprechend gibt es auch mehr Schattenberichterstatter in den Reihen der Rechtsaußenpolitiker. Insgesamt 506 Schattenberichte wurden von Mitgliedern der Rechtsaußenparteien verfasst, wobei auch hier nicht jeder Rechtsaußenpolitiker eingebunden war. 23 Rechtsaußenparlamentarier haben keinen Schattenbericht verfasst, hingegen steht Marta Andreasen an der Spitze der Rechtsaußenpolitiker mit 152 Schattenberichten. Tabelle 6 listet alle Parlamentarier auf, die für die Untersuchungsgruppe eine überdurchschnittliche Anzahl von Berichten und Schattenberichten verantworten. Wie bei den selteneren Berichten auch, sind es vor allem EFD-Mitglieder die überdurchschnittlich oft mit der ebenso verantwortungsvollen Aufgabe des Schattenberichterstatters betraut wurden. Die Tabelle verzeichnet einige Namen, die sowohl bei Berichten als auch Schattenberichten überdurchschnittlich aktiv waren. Daneben ist die Liste der Schattenberichterstatter angeführt von Rechtsaußenpolitikern, die zuvor bei der Vergabe der Berichte nicht durch hohe Aktivität ins Auge fielen. Darunter ist u.a. die Spitzenreiterin Marta Andreasen, die 152 Schattenberichte verfasste. Mit Blick auf Andreasens Biografie wird abermals deutlich, dass es sich um eine auf ihrem Themenfeld der Haushaltsführung äußerst erfahrene Parlamentarierin handelt. Zudem ist Andreasen stellvertretende Vorsitzende der EFD-Fraktion gewesen und sollte damit auch einen vereinfachten Zugriff auf die Schattenberichte erhalten haben.

Tabelle 7: Rechtsaußenparlamentarier mit (für die Untersuchungsgruppe) über- durchschnittlicher Anzahl von Berichten und Schattenberichten

Rang	Berichte			Schattenberichte		
	Anzahl	Fraktion	Name	Name	Fraktion	Anzahl
1	7	EFD	Speroni, Francesco	Andreasen, Marta	EFD	152
2	6	EFD	Rosbach, Anna	Salvini, Matteo	EFD	80
3	4	EFD	Tzavela, Niki	Vanhecke, Frank	-	57
4	3	-	Claeys, Philip	Messerschmidt, Morten	EFD	45
5	2	EFD	Belder, Bastian	Speroni, Francesco	EFD	30
6	2	EFD	Scottà, Giancarlo	Rosbach, Anna	EFD	26
7	2	EFD	Rossi, Oreste	Tzavela, Niki	EFD	21
8	2	-	Stoyanov, Dimitiar	Bloom, Godfrey	EFD	14
9	2	-	Binew, Slawi			

6.3. Stellungnahmen

Die Beteiligung der Ausschüsse am Gesetzgebungsverfahren ist durch das Abfassen der Berichte gekennzeichnet. Wie aber oben schon erwähnt, werden diese nur von dem federführenden Ausschuss angefertigt, während andere beteiligte Ausschüsse das Verfahren nur durch Stellungnahmen begleiten. Ähnlich wie das Verteilungssystem der Berichte müssen auch die zu einer Stellungnahme berechtigten Ausschüsse dafür ein Mitglied aus ihren Reihen bestimmen. Das Abfassen einer Stellungnahme ist von seiner Bedeutung her nicht mit einer (Schatten)Berichterstattung gleichzusetzen, wenngleich damit ein Abgeordneter noch immer die Stimme eines Ausschusses abbildet. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Anzahl der Stellungnahmen ebenfalls auf einem geringen Niveau verbleibt. Insgesamt fertigten die Rechtsaußenabgeordneten im Laufe der siebten Wahlperiode nur 44 an. Nur zehn der in der Untersuchung erfassten MdEPs haben überhaupt eine Stellungnahme verfasst. Es ist also keineswegs eine Routineaufgabe der Parlamentarier gewesen, sondern eher eine Ausnahme in der parlamentarischen Arbeit. Auf den ersten Blick scheint es sich hier um eine Handlungsoption zu handeln, die insbesondere für fraktionslose Parlamentarier greifbar ist. So führt Dimitiar Stoyanov

mit elf Stellungnahmen die Rechtsaußenparlamentarier an. Allerdings ist er damit auch der einzige fraktionslose Rechtsaußenabgeordnete der eine Stellungnahme abgab.²⁶ Alle anderen Stellungnahmen verfassten ausschließlich EFD-Mitglieder wie die Dänen Morgen Messerschmidt und Anna Rosbach.

7. Zusammenführung: Der Aktivitätsindex

Die Aufstellung der einzelnen Handlungsoptionen zeigte deutliche Schwerpunkte, die Rechtsaußenparlamentarier in ihrer Parlamentsarbeit wahrnehmen. Wie sich herausstellte, kann die eingangs formulierte Überlegung, dass Rechtsaußenparteien vor allem die Aufmerksamkeit des Plenums suchen, während die inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen deutlich in den Hintergrund rückt, in Teilen bestätigt werden. Tatsächlich fokussieren sich die Abgeordneten stark auf einige Handlungsoptionen im Plenum. Gerade bei Wortmeldungen und parlamentarischen Anfragen sind sie aktiver als der Durchschnitt aller Abgeordneten. Dabei sind die Fraktionsmitglieder der EFD gerade bei den parlamentarischen Anfragen und den Entschließungsanträgen gegenüber den fraktionslosen Rechtsaußenparlamentariern im Vorteil. In den Ausschüssen flacht der dann deutlich Arbeitsaufwand ab. Dies zeigt sich zum einen in der Unterrepräsentation in einigen Ausschüssen, die auch thematisch auffallend sind und zum anderen in der geringen Zahl von verantworteten Berichten.

Um den Gesamteindruck der vielfältigen Handlungsoptionen in diesem Zwischenfazit komprimiert zusammenzuführen, wurde aus den in den einzelnen Abschnitten dargestellten Rankings ein Index erstellt. Die Indikatoren der Untersuchung stellten die einzelnen Handlungsoptionen dar. Diese einzelnen Rankings sind als Variablen in die Berechnung des Indexes eingegangen um Extremwerten bei einzelnen Indikatoren geringer auf den Gesamtindex einwirken zu lassen.²⁷ Zudem gingen alle acht Handlungsoptionen gleichberechtigt in das Gesamtranking ein.²⁸ Das Gesamtergebnis unterstreicht deutlich die Vorteile der Fraktionsmitgliedschaft. Unter den Top Ten

²⁶ Stoyanov verfasste die Stellungnahme als Mitglied des Rechtsausschusses und damit für einen Ausschuss mit einem stets hohen legislativen Aufkommen.

²⁷ Wie zuvor berichtet tritt etwa Marta Andreasen mit 152 Schattenberichten besonders hervor. Nach ihr folgt Matteo Salvini auf Rang zwei mit 80 Schattenberichten. Der Abstand zwischen Rang eins und Rang zwei ist hier also sehr groß, während er bei anderen Handlungsoptionen geringer blieb. Würde der Indiz die Variable 152 Schattenberichte für Marta Andreasen einbeziehen, hieße die

des Rankings befindet sich als einziger fraktionsloser Mandatsträger Andreas Mölzer auf Rang zehn. Darüber hinaus offenbart es eine Spaltung innerhalb der EFD: Die Fraktion ist numerisch klar dominiert von der UKIP, neben der nur die Lega Nord eine größere Gruppe von Abgeordneten stellt. Es sind aber nicht die Vertreter der UKIP, die durch ein besonderes Maß an Aktivität im EP auffallen, sondern eher die Vertreter kleinerer Parteien wie der Dänischen Volkspartei oder der litauischen TT, die mit beiden Abgeordneten unter den ersten zehn Rängen rangiert.

Tabelle 8: Aktivitätsindex der Rechtsaußenparlamentarier ²⁹

Rang	Name	Partei	Fraktion
1	Rossi, Oreste	LN	EFD
2	Rosbach, Anna	DF	EFD
3	Tzavela, Niki	LAOS	EFD
4	Fontana, Lorenzo	LN	EFD
5	Paksas, Rolandas	TT	EFD
...			
48	Bontes, Louis	PVV	
49	Gollnisch, Bruno	FN	
50	Balczó, Zoltán	Jobbik	
51	Le Pen, Jean-Marie	FN	
52	Colman, Trevor	UKIP	EFD
53	Vadim Tudor, Corneliu	PRM	

8. Inhaltliche Analyse

Bisher standen quantitative Analysen im Vordergrund, auf deren Basis nun feststeht, welche der hier untersuchten Rechtsaußenpolitiker aktiv im EP mitarbeiteten. Auch hinsichtlich der inneren Kohäsion der EFD-Fraktion konnte die Analyse bereits neue Einsichten zutage fördern. Es wurde deutlich, dass die EFD-Mitglieder von ihrem Fraktionsstatus profitierten und sie die breiteren Handlungsoptionen nutzten. Gleichwohl kann die quantitative Analyse nicht zeigen, inwiefern die Zusammenarbeit in der Fraktion instrumenteller Natur ist oder tatsächlichen Konsens zwischen den Parteien widerspiegelt. In der wissenschaftlichen Literatur wird wiederholt darauf hingewiesen (vgl. Stöss 2001; Globisch/Pufelska/Weiss 2011), dass die Vernetzung einer europäi-

²⁹ Die gesamte Rangliste befindet sich im Anhang.

schen Rechten an deren internen Konflikten letztendlich immer wieder scheitert. Gleichwohl braucht es engmaschige Beobachtungen, um inhaltliche Anpassungstendenzen, gemeinsame Argumentationszusammenhänge und damit auch Anknüpfungspunkte für eine vertiefte Zusammenarbeit identifizieren zu können. Diesem Impetus kommt das nun folgende Kapitel nach, in dem die bisherige quantitative Analyse durch ein qualitatives Vorgehen ergänzt wird.

Genauer gesagt sind es die Wortmeldungen, die mündlich im Plenum präsentiert wurden und nun auf ihren Inhalt untersucht werden. Die strukturierende Inhaltsanalyse nach Mayring³⁰ bietet das notwendige methodische Rüstzeug, um die Wortmeldungen zunächst nach thematischen Foki zusammenzufassen und im Anschluss die ausgewählten Stücke detailliert nach Argumentationsfiguren zu analysieren. Zunächst muss aber eine Auswahl getroffen werden, denn, wie oben gezeigt, liegt für die siebte Wahlperiode eine Grundgesamtheit mit mehreren Tausend Wortmeldungen vor. Anna Rosbach, Niki Tzavela und Oreste Rossi haben in der siebenten Legislaturperiode zahlreiche Wortmeldungen abgegeben und erreichten somit im Ranking unter den Rechtsaußenparlamentariern die höchsten Platzierungen. Daher fließen alle Wortmeldungen dieser Parlamentarier in die Analyse ein. Sie sind Vertreter der EFD-Fraktion und gehören der Dänischen Volkspartei, LAOS und der Lega Nord an. Die LAOS ist dabei eine der Parteien, die Mudde nicht in seiner Operationalisierung der Rechtsaußenparteien erfasst³¹ und auch Anna Rosbach ist keine typische Vertreterin der EFD. Sie trat im März 2011 aus der Dänischen Volkspartei und der EFD aus und erklärte mit der politischen Linien ihrer Partei unzufrieden gewesen zu sein. Insofern ist hier also eine graduelle Abstufung zwischen Niki Tzavela und Anna Rosbach bzw. Oreste Rossi hinsichtlich ihrer europaskeptischen und europafeindlichen Aussagen zu erwarten.

Anna Rosbach und Niki Tzavela präsentierten sich in ihren Wortmeldungen deutlich als Fachpolitikerinnen. Ein Großteil ihrer Äußerungen bezog sich auf

³⁰ Nach Mayring können Inhaltsanalysen drei vordergründige Ziele verfolgen: Die Zusammenfassung, die Explikation oder die Strukturierung. Für die folgende Untersuchung ist die Strukturierung passend, da somit die Argumentationsstruktur im Vordergrund steht. (vgl. Mayring 2000)

³¹ Die völkisch-orthodoxe LAOS ist erstmals 2007 bei den nationalen Wahlen in Griechenland ins Parlament eingezogen. Inhaltlich setzte sich LAOS vor allem gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ein, sie möchte die Europäisierung des Landes und der daraus folgenden Globalisierung unterbinden (vgl. Höhling, 2012: 18, Miliopoulos 2011).

die Themen Fischerei, Umwelt und Gesundheit. Sie beschäftigten sich mit der Entwicklung von Medizinprodukten, mit der Sicherheit von Lebensmitteln oder dem Zustand der europäischen Meere und entsprachen damit auch ihrer fachpolitischen Verortung in den Ausschüssen des EPs. Oreste Rossi hat mit deutlichem Abstand die meisten Wortbeiträge geleistet, allerdings nutzte er diese mehrheitlich zur Stimmerklärungen.³² Aber auch die bereits angesprochene Beschäftigung mit der EU als solcher, mit den Weiterentwicklungen und Vertiefungen der Union nahmen Rechtsaußenparlamentarier zum Anlass ihrer Äußerungen. Sie kommentierten etwa aktuelle Ratspräsidentschaften oder Verträge der EU mit Drittstaaten. Eben diese Themen wurden in der ersten Analysestufe identifiziert und können nun herausgefiltert und tiefer gehend untersucht werden.

Die Anlässe, bei denen sich die drei Abgeordneten zu ihren Konzeptionen der EU ausließen, sind vielgestaltig. Sie nutzten die Aussprachen zu den Ratspräsidentschaften, aber auch konkrete policy-Beratungen, wobei hier die Beratungen von Freihandelsabkommen herausragen. Insgesamt ist der Sprachstil nicht ausfallend, die untersuchten Abgeordneten verfallen nicht in Beschimpfungen der EU. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich deutlich von dem was aus den deutschen Landesparlamenten bekannt ist. Dort sind die rechtsextreme NPD und auch die Vertreter der DVU wiederholt durch ihre verbalen Ausfälle aufgefallen und mussten häufig durch Ordnungsrufe und andere parlamentarische Sanktionsmechanismen in ihre Schranken gewiesen werden.³³ Insgesamt sind die Wortbeiträge der europäischen Abgeordneten weitaus wohlwollender, höflicher und positiver gerahmt, als es aufgrund der regionalen Erfahrungen aus Deutschland zu erwarten gewesen wäre. Aber genau dies spiegelt auch die Differenzierung zwischen einem neonazistischen Rechtsextremismus und nationalistischem Rechtskonservatismus oder Rechtspopulismus wieder. Die Abgeordneten begrüßten etwa stets die neuen Ratspräsidentschaften, wünschten ihnen Erfolg bei ihrer Politikgestaltung und dankten ebenso höflich den Berichterstattern, wenn sie mit ihren Beiträgen auf deren Ausarbeitungen eingingen.

³² Bei Tzavela und Rosbach liegen die Anteile unter der 30 Prozentmarke, während sich der Anteil bei Rossi auf 55 Prozent beläuft.

³³ Für Mecklenburg-Vorpommern ergab eine Auswertung allein für den Zeitraum zwischen 16.10.2006 und 11.7.2007 für Udo Pastörs 16 Ordnungsrufe, einen Wortentzug, einen Sitzungsverweis und 457 Zwischenrufe (vgl. Niemann, 2008: 56).

Dabei fällt auf, dass das Framing der EU bei allen dreien keineswegs eindimensional negativ ist, sie lehnten die EU nicht rundherum ab, zeigten ihre Skepsis aber hinsichtlich der EU-Vertiefung. Vielmehr verdeutlichten sie ihre Vorstellungen einer für sie begrüßenswerten EU und welche Fortentwicklungen des europäischen Projekts sie sich wünschen. Die Bedingungen, unter denen gerade Oreste Rossi, aber auch Anna Rosbach und Nikki Tzavela eine Vertiefung der EU forderten, sind ökonomischer Natur. Sie machten wiederholt deutlich, dass der europäische Binnenmarkt als ökonomischer Vorteil der Gemeinschaft wirken muss. Daher argumentierten sie für eine Abgrenzung des gemeinsamen Wirtschaftsraums gegen Drittstaaten und für einen Schutz der wirtschaftlichen Erzeugnisse aus der EU. Innerhalb der geteilten Wirtschaftszonen solle ein fairer Wettbewerb organisiert sein, der große Unterschiede, etwa in den Energiepreisen, nivelliert. So unterstützte beispielsweise der Vertreter der Lega Nord die Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der EU, um den Arbeitsmarkt flexibler gestalten zu können. Auch Anna Rosbach forderte die Schaffung eines Arbeitsmarktes mit europäischem Mehrwert, was für sie konkret bedeutet, dass freie Arbeitsstellen europaweit besetzt werden können, sodass etwa Deutschland bei der Besetzung freier Facharbeiterstellen nicht auf Arbeitnehmer aus Drittstaaten angewiesen ist. Es entsteht so eine Forderung nach einem abgeschirmten Europa, das sich nicht durch Wirtschaftsinteressen mit Drittstaaten wie der Türkei ablenken lassen sollte. Das Bild der unter Druck stehenden Wirtschaft nahm auch Anna Rosbach auf. Sie nutzte es um bei Debatten über schärfere Umweltstandards, diese als globale Regulierungen einzufordern, aber keinesfalls einen möglichen Wettbewerbsnachteil der europäischen Unternehmen hinzunehmen. Rosbach begründete ihr Votum für eine wirtschaftliche Isolation der EU anders als Rossi, kam jedoch zum gleichen Ergebnis. Sie sprach sich für eine Beschränkung des Holzimports aus, um Korruption in Drittländern nicht anzuregen. Sie stellt also nicht das Interesse der EU in den Vordergrund, sondern begründete ihre Unterstützung für die Abschottung mit negativen Effekten für die politische Kultur in Drittstaaten. Ein solches Argument bediente Rossi nicht. Er geht dagegen offensiver vor und stellt die Interessen der EU-Staaten klar in den Vordergrund. Mit diesem Vorrang forderte er etwa explizit, Betriebsverlagerungen mit allen Kräften zu verhindern.

Wenn es aber nicht gerade um die Absicherung des Wirtschaftsstandorts ging, war die Bereitschaft für eine Vertiefung der EU deutlich eingeschränkt. Bei-

spielsweise debattierten die Parlamentarier ein neues Wahlgesetz, dabei lehnte Rossi die Schaffung einer europäischen Wahlbehörde mit dem Hinweis auf den Respekt der in den Hoheitsgebieten verwurzelten politischen Kräfte und den finanziellen Aufwand ab. Hier tritt ein gern gewähltes Bild zutage: das der EU als bürokratischer „Superstaat“. Die Furcht vor dem bürokratischen Ausbau der EU geht sogar soweit, dass Rossi bei einem Vorschlag, den er inhaltlich sogar teilte, seine Stimmenthaltung mit dem Hinweis auf neue „komplizierte bürokratische Verfahren“ erklärte (Rossi 6.6.2011). Auch Anna Rosbach eignete sich dieses Bild an.

Dies führt zur Frage welches Europa sich die Rechtsaußenvertreter denn nun wünschen. Welchem Konzept der Union hängen sie an und benutzen sie in den hier untersuchten Wortbeiträgen? Rossi forderte explizit ein „Europa der Völker“. Diese Konzeption, die bereits in den frühen 1950er Jahren aufgetaucht und vor allem von Vertriebenen-Kreisen aufgenommen worden war, fand später auch in den internationalen Debatten der Neuen Rechten Anklang (vgl. Salzborn 2005). Es wird bis heute gern von Parteien unterstützt, die sich für die Belange nationaler Minderheiten einsetzen. Diese Beschreibung trifft ohne Frage auf die separatistische Lega Nord zu, der Rossi angehört. Dabei wird diese Konzeption keineswegs allein von Rechtsaußen benutzt, im Maastrichter Vertrag haben sich die Unterzeichnerstaaten auch zu einem Europa der Völker bekannt, das „sich wesentlich über die Kultur definiert“ (Europäische Kommission, 2002). Damit wird auch der, zumindest potenziell, ausschließende Charakter dieses Konzepts deutlich. Es entwirft eine Wirkgruppe, ein Europa mit einem geteilten kulturellen Erbe als wesentliches Identifikationsmerkmal, das andere Gruppen eben aufgrund ihrer „fremden“ Kultur ausschließt und damit einem rechten Ethnopluralismus Anknüpfungspunkte bietet (vgl. Globisch, 2011). Die drei Abgeordneten forderten zugleich Solidarität innerhalb der EU ein. Dies gilt vor allem für Niki Tzavela, die als griechische Abgeordnete häufig auf die erhebliche Staats- und Finanzkrise ihres Staats hinwies und Solidarität von anderen EU-Staaten einforderte. Gerade Deutschland nutzte sie dabei als Negativschablone.

Rossi mahnte wiederholt an, die Kommunikation mit den europäischen Bürgern zu verbessern und führt damit auch einen typischen rechtspopulistischen Dualismus ein, in dem das Volk den (politischen) Eliten gegenüber gestellt wird. Er fordert, die Ratspräsidentschaft solle sich endlich an den, vermeintlich einvernehmlichen, Interessen *der* Bürger orientieren und nicht die Interessen von einzelnen Wirtschaftsmächten vertreten. Dabei solle

die europäische Politik auch den Mut haben, die Interessen ihrer Bürger an erste Stelle zu setzen. Ganz deutlich sollen zunächst die Bedürfnisse der eigenen Bürger befriedigt werden, bevor denjenigen aus Drittländern etwa in Arbeit verholfen werden soll. Dies führt auch zur Frage, wie sich die Rechtsaußenparlamentarier zu Fragen von Zuwanderung positionieren. Sie tun dies durchaus deutlich und auch zu Anlässen, die es nicht unbedingt erfordern würden. Gerade Oreste Rossi beschäftigte sich gern mit dem Thema und band es beispielsweise auch bei der Besprechung eines Gesundheitsplans ein.³⁴ Er sprach explizit von „Invasoren“, die etwa in Zypern tätig geworden seien und von einer „unkontrollierten Invasion illegaler Migranten“, die nach Italien strömten und für die sich die EU nicht verantwortlich fühlen dürfe. Das Bild der „Invasion“ von außen ist ebenfalls aus der rechtspopulistischen Agitation bekannt. Dabei wird nicht nur die Anzahl von Einwanderern und Flüchtlingen dramatisiert, sondern sie wird durch die militärische Konnotation des Begriffs zusätzlich noch als Gefahr inszeniert. Anna Rosbach warnte die EU davor, außerhalb ihres Hoheitsgebiets aktiv zu werden, etwa um Energieressourcen in der Arktis zu sichern. Hier wird deutlich, wie die Rechtsaußenvertreterin eine Ausweitung der EU ablehnte. Das Verhältnis zu Drittstaaten bzw. die Gefahren, die angeblich von Drittstaaten ausgehen, thematisierte auch Niki Tzavela, indem sie eine wirkliche Bedrohung an der EU-Grenze zur Türkei identifiziert und eine entsprechende finanzielle Aufwendung für die Sicherung einforderte. Andererseits bezeichnete sie geografisch ferner gelegene Konflikte als eine unechte, imaginierte oder konstruierte Gefahr für die EU, an deren Lösung sich die Union nicht beteiligen sollte.

Bei der Vorstellung der zyprischen Ratspräsidentschaft hob Oreste Rossi die Verfolgung von Christen und die Zerstörung christlicher Stätten hervor. Auch bei anderen Gelegenheiten zu außenpolitischen Themen äußerte Rossi vor allem seine Empörung über die Verfolgung von Christen und verlangt von der EU, hier mit starken Sanktionen zu reagieren.

Insgesamt weisen die Redebeiträge der drei hier analysierten Rechtsaußenparlamentarier also durchaus gemeinsame Themen und Argumentationszusammenhänge auf. Es ist aber gleichfalls auch nicht zu übersehen, dass die Parlamentarier ihre Parteien bzw. ihre Heimatländer vertraten. Niki Tzavela thematisierte besonders häufig die finanzielle Not

³⁴ Konkret wurde der Wortbeitrag zur Besprechung der Europäischen Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ eingereicht.

Griechenlands und wie dieser durch andere EU-Staaten begegnet wird, Rossing in verschiedenen Bezügen auf Zuwanderung ein, die gerade für Italien ein zentrales Thema ist und selbst bei Anna Rosbach sind in ihren Positionierungen zur Meerespolitik immer wieder Bezüge auf Dänemark zu finden. Dies wirft also noch einmal ein Licht auf den tatsächlich geteilten Konsens zwischen den Parteien. Rossi ist deutlich offensiver, als es die beiden Parlamentarierinnen sind. Diese entfernen sich bei den Reden nicht von den eigentlich angesprochenen Themen und ihre Redebeiträge bestehen deutlich häufiger aus schlichten Nachfragen, die keine Darstellung der eigenen Argumente beinhalten. Gerade Anna Rosbach spricht sich als Fachpolitikerin beispielsweise für den Vorrang der biologischen Vielfalt vor wirtschaftlichen Interessen aus. Sie hebt bei Freihandelsabkommen nicht allein die Vorteile für den EU-Raum hervor, sondern geht auch auf die Implikationen für die Vertragspartner ein und weicht damit, zumindest verbal, von der von Rossi vorgegebenen Linie des „Europa zuerst“ ab. Die durch Muddes Kategorisierung und den zusätzlichen Fraktionswechsel von Rosbach erwartete graduelle Abmilderung bildet sich also tatsächlich ab.

9. Fazit

Die vorliegende Analyse hat Neuland betreten: Trotz breiter Diskurse über einen europäisierten Rechtsextremismus und Kooperationen zwischen rechtspopulistischen Parteien waren Rechtsaußenparlamentarier in der EU bisher nur vereinzelt Gegenstand von wissenschaftlichen Analysen. Zu Unrecht, wie sich herausstellte – denn nicht nur konnten Parteien des Rechtsaußenspektrums in den letzten Jahren (vor allem auf nationaler Ebene) erhebliche Wahlerfolge einfahren, auch sind die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung sowohl für zukünftige Forschungsarbeiten als auch für die praktische Auseinandersetzung mit dem Phänomen von großer Relevanz. Aus diesen Gründen stellt dieses Fazit zentrale Ergebnisse zusammenfassend dar und leitet daraus einige Thesen für die Gestaltung von Gegenmaßnahmen ab. Ein Mythos kann direkt aus dem Weg geräumt werden: Rechtsaußenparlamentarier sind ähnlich professionalisiert wie andere Europaabgeordnete und verfügen ebenso über hohe Bildungsabschlüsse und haben mehrheitlich bereits vor Eintritt in das EP parlamentarische Erfahrung gesammelt. Sie fallen also nicht aus dem Rahmen des EPs. Insgesamt sind die Rechtsaußenparlamentarier gerade im Plenum sehr aktiv, wengleich die Spannweite in der

Gruppe zwischen sehr aktiven und nicht partizipierenden Abgeordneten stark ausgeprägt ist. Unter den sehr aktiven Parlamentariern verbergen sich gleichwohl meist nicht die Personen, die der europäischen Öffentlichkeit aufgrund ihrer Positionen als Parteivorsitzende bekannt sind. Es sind eben nicht Marine Le Pen oder Nigel Farage, die an der Spitze der aktiven Parlamentarier stehen. Ganz im Gegenteil, sie sind durch ihre Parteiämter in ihren Nationalstaaten gebunden oder entscheiden sich bewusst gegen Aktivitäten im EP. Um also die Entwicklung einer europäischen Rechten im Knotenpunkt Straßburg beobachten zu können, lohnt sich nicht der Blick auf die bekannten Namen. Stärkere Aufmerksamkeit sollte vielmehr den Personen zukommen, die das Projekt der Europäischen Rechten durch ihre alltägliche, praktische Zusammenarbeit vorantreiben. Anders gesagt: Die Bühne und der Knotenpunkt EP steht bisher nicht ausreichend im Fokus. Auch die bisher dominierenden Analysen sind vor allem solche einzelner Parteien aus einer nationalen Perspektive. Diese sind jedoch nur begrenzt hilfreich, um die Entwicklung eines Rechtsaußennetzwerkes zu fokussieren.

Die bisher vorgebrachten Einschätzungen Rechtsaußenparteien könnten aufgrund ihrer ideologischen Verortungen das Projekt einer *Europäischen Rechten* nur mit sehr begrenztem Erfolg praktizieren, kann nach der vorliegenden Analyse erneut bewertet werden. Es ist richtig, dass die EFD in ihrer Zusammenarbeit nicht das Potential einer Fraktion im EP ausgereizt hat. Gerade in der inhaltlich so zentralen Ausschussarbeit wirken die EFD-Mitglieder desinteressiert. Ob der Grund hierfür aber bei unüberbrückbaren inhaltlichen Fragen lag, kann hier nicht abschließend bewertet werden. Zudem haben die vorangegangenen Kapitel auch aufgezeigt bei welchen parlamentarischen Handlungsoptionen die Zusammenarbeit in der EFD fruchtbar war. Davon ausgehende Lerneffekte sind nicht auszuschließen, sodass das Urteil einer zur Untätigkeit *verdammten Europäischen Rechten* nur mit größter Vorsicht genossen werden sollte und nur auf ein engmaschiges Monitoring erfolgen darf.

Damit abschließend noch einige Worte zu den Reaktionen, dem Umgang und der Prävention auf das Rechtsaußenlager im EP.

Die Antworten auf Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sollten Symptome und Ursachen der Phänomene reflektieren, dabei aktuelle Manifestationen aber nicht aus dem Auge lassen. Im vorliegenden Fall bedeutet das, dass auch die Entgegnung vernetzt und nationenübergreifend agieren sollte, sowie zudem sollte auch auf verschiedenen Ebenen. Sicherlich kann eine direkte thematische Auseinandersetzung auf politischer Ebene Anwen-

dung finden. Die Inhaltsanalyse hat deutlich gezeigt, dass es sich nicht um dumpfe Parolen handelt, denen man im EP entgegentreten müsste. Vielmehr sind die Argumentationszusammenhänge theoretisch fundiert und müssen einzeln adressiert, aufgedeckt und entkräftet werden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Inhalten kann im besten Falle zu einer „Entzauberung“ führen.³⁵ Zugleich sollte diese Herausforderung für die etablierten Parteien des demokratischen Spektrums nicht unterschätzt werden. Wie etwa bei den schriftlichen Erklärungen deutlich wurde, steht das Parlament den Rechtsaußenparlamentariern keineswegs geschlossen gegenüber. Vielmehr fanden sich stets Unterstützer für Erklärungen, die aus dem Rechtsaußenparteilager stammten. Im Gegensatz dazu fand sich eine solche Unterstützung bei den Entschließungsanträgen nicht. Hier ist das Parlament durch die Erfahrungen vorangegangener Wahlperioden sensibilisiert. Insgesamt ergibt sich damit aber ein gemischtes Bild, das zukünftig an Klarheit gewinnen sollte. Auf einer gesellschaftlichen Ebene sollten europäischen Themen mehr Raum gegeben werden. Die komplexen Entscheidungsverfahren der EU müssen verdeutlicht und erläutert werden. Und schließlich kann politische Bildung auch auf einer individuellen Ebene über die Wissensvermittlung hinaus wirken, indem sie Vorgänge in der EU erlebbar macht und so eine emotionale Bindung zur EU unterstützt.

Zu guter Letzt darf aber auch nicht die Grenze der Auseinandersetzung unterschätzt werden. Eine Auseinandersetzung mit Manifestationen des Syndroms bedeutet doch auch immer genau dies, eine Auseinandersetzung mit den Symptomen, nicht mit den Ursachen des Phänomens.

³⁵ Zahlreiche europäische Staaten haben Erfahrungen im parlamentarischen Umgang mit Rechtsaußenparteien gesammelt. Die Strategien der Auseinandersetzung können dabei idealtypisch zwischen den Polen *Einbindung* und *Ausgrenzung* beschrieben werden. Eine „Entzauberung“ ist aber bisher kaum gelungen.

10. Literaturverzeichnis

- Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard (1993). Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Bukow, Sebastian/ Höhne, Benjamin (2013). Europaparteien als Institutionalisierung von Parteifamilien in der Europäischen Union. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 819-846.
- Conti, Nicolás (2011). The Radical Right in Europe, Between Slogans and Voting Behavior. (=Reihe Politikwissenschaft Vol. 123), Wien: Institut für Höhere Studien.
- Coman, Emanuel E. (2009). Reassessing the Influence of Party Groups on Individual Members of the European Parliament. *West European Politics*, 32(6), S. 1099-1117.
- Corbett, Richard/ Jacobs, Francis/ Shackleton, Michael (2009). The European Parliament. 6. Auflage, London: Harper.
- Daniel, William T. (2013). When the Agent Knows Better than the Principal: The Effect of Education and Seniority on European Parliament Rapporteur Assignment. *Journal of Common Market Studies*, 51(5), S. 832-848.
- Decker, Frank (2004). Der neue Rechtspopulismus. Opladen: Leske+Budrich.
- EFD (2009). Statutes of the Europe of Freedom and Democracy group.
- Europäisches Parlament (2014). Conciliations and Codecision, http://www.europarl.europa.eu/code/about/statistics_en.htm, zuletzt überprüft am 12.01.2015.
- Globisch, Claudia (2011). "Deutschland und Deutschen, Türkei den Türken, Israelis raus aus Palästina". Ethnopluralismus und sein Verhältnis zum Antisemitismus. In: Dslb./ Pufelska, Agnieszka / Weiß, Volker (Hrsg.). Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203-226.
- Globisch, Claudia/ Pufelska, Agnieszka / Weiß, Volker (2011). Die extreme Rechte in Europa: zwischen ideologischem Widerspruch und temporärem Bündnis. In: Dslb.(Hrsg.). Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-18.
- Häusler, Alexander/ Roeser, Rainer (2014). Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland. Erfurt.
- Hix, Simon/ Hoyland, Bjorn (2013). Empowerment of the European Parliament. In: *The Annual Review of Political Science*, 16, S. 171-189.
- Hix, Simon/ Hoyland, Bjorn (2011). The political system of the European Union. 3. Auflage, Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan.
- Hix, Simon, Abdul Noury/ Roland, Gerard (2009). A 'Normal' Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2000. (=European Parliament Research Group Working Paper, 9).

- Höhling, Armin (2012). Rechte Strömungen im Europäischen Parlament nach der 7. Europawahl 2009. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.). Die Krise in Europa und die Erfolge des Rechtspopulismus. Fachgespräch und Konferenz der Gruppe der LINKEN in der UE/NGL im Europäischen Parlament, Berlin, S. 6-55.
- Höhne, Benjamin (2007). Recruitment of candidates within major German parties for EU elections: Changes in the recruitment patterns? Paper präsentiert auf der 16. Summer School on European parties and party systems, Florenz.
- Hurka, Steffen/ Michael Kaeding/ Obholzer, Lukas (2014). Out of the Dark, Into the Light: (Shadow) Rapporteurship Assignments in the European Parliament after Enlargement. Paper präsentiert auf der 7th Pan-European Conference on the European Union, Den Hague.
- Judge, David/Earnshaw, Daniel (2010). 'Relais actors' and co-decision first reading agreements in the European Parliament: the case of the advanced therapies regulation'. In: Journal of European Public Policy, 18 (1), S. 53-71.
- Kohler, Manfred (2013). European Governance and the European Parliament: From Talking Shop to Legislative Powerhouse. In: Journal of Common Market Studies, 52(3), S. 600-615.
- Langebach, Martin/ Speit, Andreas (2013). Europas radikale Rechte: Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten. Zürich: Orell Füssli-Verlag.
- Maurer, Andreas. (2012). Parlamente in der EU Wien: facultas.
- McElroy, Gail (2006). Committee Representation in the European Parliament. In: European Union Politics, 7(1), S. 5-29.
- McElroy, Gail/ Benoit, Kenneth (2011). Policy positioning in the European Parliament. In: European Union Politics 13(1), S. 150-167.
- Melzer, Ralf/ Serafin, Sebastian (Hrsg.) (2013). Rechtsextremismus in Europa: Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegswegarbeit. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Miliopoulos, Lazaros (2011). Griechenland. In: Jesse, Eckhard/ Thieme, Tom (Hrsg.), Politischer Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159-184.
- Minkenber, Michael (2011). Die radikale Rechte in Europa heute. Profile und Trends in West und Ost. In: Claudia Globisch/ Pufelska, Agnieszka/ Weis, Volker (Hrsg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuität und Wandel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111-131.
- Mudde, Cas (2007). Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2014). Rechtsaußen, die große Rezession und die Europawahlen 2014. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2014, 14 (2014), S. 16-24.
- Niemann, Laura (2008). Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr. (=DemokratiePolitik - Politikwissenschaftli-

- che Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, Vol. 4), Greifswald: Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte Universität Greifswald.
- Oppelland, Torsten (2010). Institutionelle Neuordnung und Demokratisierung. In: Leiß, Olaf (Hrsg.). Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabo., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-96.
- Osterhoff, Anne (1997). Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten. Münster: Unrast.
- Pfahl-Traughber, Armin (1995). Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn: Bundesministerium des Inneren.
- Referat für Gleichstellung und Vielfalt (2010). Frauen im Europäischen Parlament. Brüssel.
- Ringe, Nils (2010). Who Decides, and How? Preferences, uncertainty, and policy choice in the European Parliament. Oxford: Oxford University Press.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2012). Die Krise in Europa und die Erfolge des Rechtspopulismus. Fachgespräch und Konferenz der Gruppe der LINKEN in der UE/NGL im Europäischen Parlament, Berlin.
- Salzborn, Samuel (2005). Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa. Frankfurt: Campus.
- Stöss, Richard (2001). Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. (=Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, 5), Berlin: Freie Universität Berlin.
- Striebinger, Kai/ Parkes, Roderick (2009). Die Macht der Hinterbänkler. Strategisches Handeln des Europaparlamentariers. (=Arbeitspapier), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Virchow, Fabian. (2014). Europäische Dimensionen der extremen Rechten. In Benbrahim, Karima/ Jantschek, Ole/Manthe, Barabara (Hrsg.). Salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung, S.9-14.
- Votewatch (2014). Cohesion of (trans-national) political groups in the European Parliament. Online verfügbar unter: <http://www.votewatch.eu/en/term8-political-group-cohesion.html>, zuletzt geprüft am 12.1.2015.
- Votewatch (2009). European Party Groups Cohesion Rates. Online verfügbar unter: http://term6.votewatch.eu/cx_european_party_groups.php, zuletzt geprüft am 12.1.2015.
- Yordanova, Nikoleta (2013). Organising the European Parliament. The role of committees and their legislative influence. Colchester: ECPR Press.
- Yoshinaka, Antoine/ McElroy, Gail/ Bowler, Shaun (2010). The Appointment of Rapporteurs in the European Parliament. In: Legislative Studies Quarterly, 35(4), S. 457-86.

11. Anhang

Tabelle 1: Europa der Freiheit und der Demokratie (Ausgangsbesetzung 2009)

Mitgliedsstaat	MdEP	Partei
Großbritannien	Agnew, Stuart	U.K. Independent Party (UKIP)
Großbritannien	Andreasen, Marta	UKIP
Großbritannien	Bannerman, David	UKIP
Großbritannien	Batten, Gerard	UKIP
Großbritannien	Bloom, Godfrey	UKIP
Großbritannien	Bufton, John	UKIP
Großbritannien	Clark, Derek	UKIP
Großbritannien	Colman, Trevor	UKIP
Großbritannien	Farage, Nigel	UKIP
Großbritannien	Legge, William	UKIP
Großbritannien	Nattrass, Mike	UKIP
Großbritannien	Nuttall, Paul	UKIP
Großbritannien	Sinclair, Nikki	UKIP
Italien	Bizotto, Mara	Lega Nord (LN)
Italien	Borghesio, Mario	LN
Italien	Fontana, Lorenzo	LN
Italien	Morganti, Claudio	LN
Italien	Provera, Fiorello	LN
Italien	Rossi, Oreste	LN
Italien	Salvini, Matteo	LN
Italien	Scottà, Giancarlo	LN
Italien	Speroni, Francesco	LN
Frankreich	de Villiers, Philippe	Mouvement pour la France (MPF)
Griechenland	Plevris, Athanasios	Laikos Orthodoxos Synagermos (LAOS)
Griechenland	Tzavela, Niki	LAOS
Dänemark	Messerschmidt, Morten	Dansk Folkeparti (DF)
Dänemark	Rosbach, Anna	DF
Litauen	Paksas, Rolandas	Tvarka ir teisingumas (TT)
Litauen	Imbrasas, Juozas	TT
Niederlande	Belder, Bastiaan	Staatkundig gereformeerde Partij (SGP)
Finnland	Soini, Timo	Perussuomalaiset (PS)
Slowakei	Paška, Jaroslav	Slovenská Národná Strana (SNS)

Tabelle2: Repräsentation von Rechtsaußenparteien in den Ausschüssen des EPs

Ausschuss	Ordentliche und stellv. Mitglieder	Ordentliche und stellv. Mitglieder aus Rechtsaußenparteien ³⁶	Ordentliche und stellvertretende Mitglieder der Rechtsaußenparteien ³⁷
Haushaltsausschuss	44	3	<i>Claudio Morganti (LN)</i> <i>Daniël van der Stoep (PVV)</i> <i>Marta Andreasen (UKIP)</i> -----
	42	5	<i>Marta Andreasen (UKIP)</i> <i>Bruno Gollnisch (FN)</i> <i>Rolandas Paksas (TT)</i> <i>Jaroslav Paška (SNS)</i> <i>Oreste Rossi (LN)</i>
Haushaltskontrollausschuss	29	2	<i>Marta Andreasen (UKIP)</i> <i>Frank Vanhecke (VB)</i> -----
	29	2	<i>Anna Rosbach (DF)</i> <i>Frank Vanhecke (VB)</i>
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	48	3	<i>Godfrey Bloom (UKIP)</i> <i>Slavi Binev (Attaka)</i> <i>Rolandas Paksas (TT)</i> -----
	49	7	<i>Marta Andreasen (UKIP)</i> <i>Bastiaan Belder (SGP)</i> <i>Bruno Gollnisch (FN)</i> <i>Barry Madlener (UKIP)</i> <i>Claudio Morganti (LN)</i> <i>Rolandas Paksas (TT)</i> <i>Oreste Rossi (LN)</i>
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	50	4	<i>Marine Le Pen (FN)</i> <i>Mara Biazotto (LN)</i> <i>Derek Clark (UKIP)</i> <i>Nicole Sinclaire (UKIP)</i>

³⁶ Aus der angegebenen Anzahl ergibt sich nicht der Anteil der Rechtsaußenparteien in den Ausschüssen, sondern verzeichnet sind alle Mitglieder der Rechtsaußenparteien, die im Laufe der siebenten Wahlperiode Mitglied eines Ausschusses waren.

³⁷ Kursiv gesetzt sind EFD-Mitglieder, unter der gestrichelten Linie sind die stellvertretenden Mitglieder. Hier aufgelistet sind die Mitglieder der Ausschüsse der gesamten Legislaturperiode. Da die Ausschusszusammensetzung nach 2,5 Jahren wechselt, kann ein Abgeordneter in dieser Auflistung ordentliches Mitglied und stellvertretendes Mitglied eines Ausschusses sein.

	47	2	----- Franz Obermayr (FPÖ) Francesco Enrico Speroni (LN)
Ausschuss für Umwelt- fragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	64	5	Anna Rosbach (DF) Paul Nuttall (UKIP) Oreste Rossi (LN) Claudiu Tănăsescu (PRM) Nick Griffin (UKIP)
	66	5	----- Zoltán Balczó (Jobbik) Godfrey Bloom (UKIP) Philippe de Villiers (MPF) Giancarlo Scottà (LN) Daniël van der Stoep (PVV)
Ausschuss für Binnen- markt und Verbraucherschutz	39	4	Trevor Colman (UKIP) Matteo Salvini (LN) Franz Obermayr (FPÖ) Laurence J.A.J.Stassen (PVV)
	40	6	----- Mario Borghezio (LN) Barry Madlener (PVV) Morten Messerschmidt (DF) Claudio Morganti (LN) Oreste Rossi (LN) Csanád Szegedi (Jobbik)
Rechtsausschuss	25	2	Dimitiar Stoyanov (Attaka) Francesco Enrico Speroni (LN)
	24	5	----- Gerard Batten (UKIP) George Becali (LN) Morten Messerschmidt (DF) Jean-Marie Le Pen (FN) Laurence J.A.J.Stassen (PVV)
Ausschuss für Indust- rie, Forschung und Energie	55	4	Jaroslav Paška (SNS) Niki Tzavela (LAOS) Zoltán Balczó (Jobbik) Rolandas Paksas (TT)
	60	4	----- Louis Bontes (PVV) Nick Griffin (UKIP) Rolandas Paksas (TT) Fiorello Provera (LN)
Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr	45	5	Mike Nattrass (UKIP) Bruno Gollnisch (FN)

	43	3	Barry Madlener (PVV) Juozas Imbrasas (TT) Laurence Stassen (PVV) ----- Mara Biazotto (LN) Anna Rosbach (DF) Niki Tzavela (LAOS)
Ausschuss für regionale Entwicklung	49	5	Csanád Szegedi (Jobbik) John Bufton (UKIP) Juozas Imbrasas (TT) Franz Obermayr (FPÖ) Philippe de Villiers (MPF) -----
	50	5	Bruno Gollnisch (FN) Juozas Imbrasas (TT) Jaroslav Paška (SNS) Giancarlo Scottà (LN) Dimitiar Stoyanov
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	45	4	John Stuart Agnew (UKIP) Giancarlo Scottà (LN) Lorenzo Fontana (LN) Krisztina Morvai (LN) -----
	44	6	George Becali (LN) John Bufton (UKIP) Philippe de Villiers (MPF) Jean-Marie Le Pen (FN) Morten Messerschmidt (DF) Dimitiar Stoyanov (Attaka)
Fischereiausschuss	24	3	Jean-Marie Le Pen (FN) Nigel Farage (UKIP) John Stuart Agnew (UKIP) -----
	24	3	Nigel Farage (UKIP) Athanasios Pleoris (LAOS) Anna Rosbach (DF)
Ausschuss für Kultur und Bildung	32	2	Corneliu Vadim Tudor (PRM) Timo Soini (PS) -----
	29	2	Paul Nuttall (UKIP) Claudiu Tănăsescu (PRM)
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	55	5	Gerard Batten (UKIP) Mario Borghezio (LN) Philip Claeys (VB)

	59	6	<p>Louis Bontes (PVV) Daniël van der Stoep (PVV)</p> <p>-----</p> <p>Mara Biazotto (LN) Andrew Brons (UKIP) Lorenzo Fontana (LN) Krisztina Morvai (Jobbik) Nicole Sinclair (UKIP) Daniël van der Stoep (PVV)</p>
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	25	2	<p>Morten Messerschmidt (DF) Andrew Brons (UKIP)</p> <p>-----</p>
	25	4	<p>John Stuart Agnew (UKIP) David Bannerman (UKIP) Trevor Colman (UKIP) Andreas Mölzer (FPÖ)</p>
Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter	35	2	<p>Nicole Sinclair (UKIP) Krisztina Morvai (Jobbik)</p> <p>-----</p>
	30	1	<p>Nicole Sinclair (UKIP)</p>
Petitionsausschuss	35	5	<p>Athanasios Pleuris (LAOS) Jaroslav Paška (SNS) Rolandas Paksas (TT) Nicole Sinclair (UKIP) Marta Andreasen (UKIP)</p> <p>-----</p>
	30	4	<p>Marta Andreasen (UKIP) Mara Biazotto (LN) Jean-Marie Le Pen (FN) Jaroslav Paška (SNS)</p>
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	76	6	<p>Bastiaan Belder (SGP) Andreas Mölzer (FPÖ) Barry Madlener (PVV) Laurence Stassen (PVV) Fiorello Provera (LN) Athanasios Pleuris (LAOS)</p> <p>-----</p>
	74	4	<p>David Bannerman (UKIP) Philip Claeys (VB) William Dartmouth (UKIP) Lorenzo Fontana (LN)</p>
Entwicklungsausschuss	30	3	<p>Frank Vanhecke (VB) Philippe de Villiers (MPF) Daniël van der Stoep (PVV)</p>

	30	5	<p>-----</p> <p><i>Giancarlo Scottà (LN)</i> <i>Francesco Speroni (LN)</i> <i>Niki Tzavela (LAOS)</i> <i>Frank Vanhecke (VB)</i> <i>Daniël van der Stoep (PVV)</i></p>
Ausschuss für internationalen Handel	29	3	<p><i>David Bannerman (UKIP)</i> <i>William Dartmouth (UKIP)</i> <i>George Becali (LN)</i></p> <p>-----</p>
	31	3	<p><i>Bastiaan Belder (SGP)</i> <i>Marine Le Pen (FN)</i> <i>Matteo Salvini (LN)</i></p>
Unterausschuss für Menschenrechte	30	4	<p><i>Bastiaan Belder (SGP)</i> <i>Nicole Sinclaire (UKIP)</i> <i>Frank Vanhecke (VB)</i> <i>Daniël van der Stoep (PVV)</i></p>
Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung	30	1	<p><i>David Bannerman (UKIP)</i></p>

Tabelle 3: Gesamtliste des Aktivitätsindexes für Rechtsaußenparteien

Rang	Name	Partei	Fraktion
1	Rossi, Oreste	LN	EFD
2	Rosbach, Anna	DF	EFD
3	Tzavela, Niki	LAOS	EFD
4	Fontana, Lorenzo	LN	EFD
5	Paksas, Rolandas	TT	EFD
6	Provera, Fiorello	LN	EFD
7	Bizzotto, Mara	LN	EFD
8	Speroni, Francesco Enrico	LN	EFD
9	Imbrasas, Juozas	TT	EFD
10	Mölzer, Andreas	FPÖ	
11	Scottà, Giancarlo	LN	EFD
12	Stoyanov, Dimitar	Attaka	
13	Messerschmidt, Morten	DF	EFD
14	Salvini, Matteo	LN	EFD
15	Clayse, Philip	VB	
16	Andreasen, Marta	UKIP	EFD
17	Borghesio, Mario	LN	
18	Obermayr, Franz	FPÖ	
19	Morganti, Claudio	LN	EFD
20	Legge, William	UKIP	EFD
21	Belder, Bastiaan	SGP	EFD
22	Tanasescu, Claudiu Ciprian	PRM	
23	Binev, Slavi	Attaka	
24	Paška, Jaroslav	SNS	EFD
25	van der Stoep, Daniel	PVV	
26	Stassen, Laurence J.A.J.	PVV	
27	Sinclair, Nicole	UKIP	EFD
28	Farage Nigel	UKIP	EFD
29	Brons, Andrew	BNP	
30	Vanhecke, Frank	VB	
31	Griffin, Nick	BNP	

32	Madlener, Barry	PVV	
33	de Villiers, Philippe	MPF	EFD
34	Agnew, John Stuart	UKIP	EFD
35	Bannerman, David Campbell	UKIP	EFD
36	Buften, John	UKIP	EFD
37	Szegedi, Csanád	Jobbik	
38	Bloom, Godfrey	UKIP	EFD
39	Batten, Gerard	UKIP	EFD
40	Nuttall, Paul	UKIP	EFD
41	Becali, George	PRM	
42	Soini, Timo	PS	EFD
43	Nattrass, Mike	UKIP	EFD
44	Clark, Derek	UKIP	EFD
45	Morvai, Krisztina	Jobbik	
46	Le Pen, Marine	FN	
47	Plevris, Athanasios	LAOS	EFD
48	Bontes, Louis	PVV	
49	Gollnisch, Bruno	FN	
50	Balczó, Zoltán	Jobbik	
51	Le Pen, Jean-Marie	FN	
52	Colman, Trevor	UKIP	EFD
53	Vadim Tudor, Corneliu	PRM	